



Bundesamt für Sozialversicherung (BSV), Mandat «Partizipation von Kindern und Jugendlichen stärken»

Modul II-Ergebnisbericht «Bestandesaufnahme der Partizipationsformate von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz»

4. April 2025

Johanna Brandstetter, Mandy Falkenreck, Lara Hobi,
Axel Pohl und Carole Zellner

IFSAR – Institut für Soziale Arbeit und Räume

Inhaltsverzeichnis

0.	Über dieses Dokument	1
1.	Ausgangslage.....	1
2.	Konzeptionell–analytischer Rahmen und methodische Vorgehensweise der Bestandesaufnahme	2
2.1	Konzeptionell–analytischer Rahmen.....	2
2.2	Methodisches Vorgehen	4
3.	Identifikation der Partizipationsformate von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz.....	6
3.1	Ergebnis der Literaturrecherche: Welche Partizipationsformate für Kinder und Jugendliche gibt es in der Schweiz?	7
3.2	Übergeordnete Einschätzung zur Datengrundlage der Literaturrecherche	19
4.	Erfahrungswerte, Gelingensbedingungen und Herausforderungen von Partizipationsprozessen mit Kindern und Jugendlichen.....	20
4.1	Die identifizierten zentralen Themen zur Umsetzung von Partizipationsprozessen mit Kinder- und Jugendlichen in der Schweiz	20
4.2	Einordnung der Interviewaussagen vor dem Spiegel des aktuellen Fachdiskurses zu Kinder- und Jugendpartizipation	25
5.	Fazit und nächste Schritte	31
6.	Literatur.....	33
7.	Abbildungsverzeichnis.....	36
	Anhang 1: Liste der interviewten Personen	37
	Anhang 2: Interviewleitfaden.....	37
	Anhang 3: Projekttypen des Bundes (siehe angehängtes Dokument).....	39
	Anhang 4: Tabellarische Übersicht Projekte und Verfahren (siehe angehängtes Dokument).....	39

0. Über dieses Dokument

Dieser Bericht ist ein internes Arbeitsdokument und stellt die Ergebnisse des Moduls II des oben genannten Mandats dar. Es richtet sich an die unmittelbar Projektbeteiligten des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) und die interdepartmentale Begleitgruppe und dient als Grundlage für die gemeinsame Arbeit am Konzept «Kinder- und Jugendpartizipation in der Bundesverwaltung» im Workshop am 20. März 2024 in Bern und im weiteren Verlauf des Mandats.

1. Ausgangslage

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat in seiner Strategie das Ziel festgelegt, die Partizipation von allen in der Schweiz lebenden Kindern und Jugendlichen zu stärken. Vor diesem Hintergrund strebt das BSV einen stärkeren Einbezug von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Geschäften der Bundesverwaltung an. Damit sind sämtliche durch die Bundesversammlung zu erbringenden Aktivitäten gemeint, die Kinder und Jugendliche betreffen, interessieren und bei denen eine effektive Mitsprache und Mitbestimmung mittels geeigneter Beteiligungsformen – entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife – möglich ist. Kinder und Jugendliche nehmen so Einfluss auf Planungs- und Entscheidungsprozesse der Bundesverwaltung, die sie selbst betreffen. Ihre Perspektiven und Meinungen erfahren so im Sinne des Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) eine gebührende Beachtung.

Zu diesem Zweck lancierte das BSV im September 2024 eine Ausschreibung für das Mandat «Partizipation von Kindern und Jugendlichen stärken» und hat dieses an die OST - Ostschweizer Fachhochschule in Zusammenarbeit mit polsan vergeben. Die Ergebnisse des Projektes bzw. die Auftragsprodukte sollen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesverwaltung – in strategischer wie auch operativer Funktion – ermöglichen, Partizipationsprozesse für Kinder und Jugendliche abgestimmt auf das Vorhaben und gleichzeitig nach einheitlichen Grundsätzen auszugestalten. Dazu sollen im Rahmen des Mandats für die Bundesverwaltung passende Partizipationsformate für Kinder und Jugendliche vorgeschlagen sowie Arbeitshilfen für deren praktische Umsetzung erstellt werden.

Ziel dieses Berichts ist es, eine Bestandesaufnahme vorzunehmen a) zur vorhandenen Landschaft an bereits umgesetzten Partizipationsformaten von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz sowie b) zu Umsetzungserfahrungen hinsichtlich Gelingensbedingungen und Herausforderungen zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Sie legt damit die Basis für die dann folgenden Erarbeitung des Konzepts und des Praxisleitfadens «Kinder- und Jugendpartizipation in der Bundesverwaltung» (vgl. Detailkonzept Modul III).

Der Bericht gliedert sich in vier Teile: Das anschliessende Kapitel 2 stellt den konzeptionellen Rahmen sowie die gewählte methodische Vorgehensweise der Bestandesaufnahme dar. Kapitel 3 beschreibt anschliessend die mittels einer Literaturrecherche identifizierten Partizipationsformaten von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz dar. Ergänzt wird dieses durch die Darstellung der Ergebnisse aus den Experteninterviews zu den zentralen Erfahrungswerten in der Umsetzung von Kinder- und Jugendpartizipation. Daraus lassen sich zentrale Themen benennen, die Gelingensbedingungen aber auch Stolpersteine bei der Umsetzung von Partizipationsprozessen verdeutlichen. Zur Einschätzung der Aussagen werden diese analysiert vor dem

Hintergrund des bestehenden fach-wissenschaftlichen Diskurses zur Kinder- und Jugendpartizipation. Abgeschlossen wird die Bestandesaufnahme mit einem Fazit und dem Ausblick auf die nächsten Schritte im Mandat.

2. Konzeptionell–analytischer Rahmen und methodische Vorgehensweise der Bestandesaufnahme

Das folgende Kapitel umrahmt die konzeptionellen Grundlagen der Bestandsaufnahme, welche auch für das Modul III, sprich für die weiteren Produkte wie das Konzept und den Praxisleitfaden den Ausgangspunkt bilden werden. Im zweiten Abschnitt wird die methodische Vorgehensweise beschrieben, die u.a. auch die Kriterien, die der Bestandesaufnahme zugrunde liegen, erläutert und stellt die Arbeitsphasen der Literaturrecherche sowie das Interviewverfahren dar.

2.1 Konzeptionell–analytischer Rahmen

Der konzeptionelle Rahmen des Mandats und damit auch der Bestandesaufnahme basiert auf der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK), die auf den drei wesentlichen Säulen Schutz, Förderung und Beteiligung beruht. Diese Säulen sind die tragenden Prinzipien der Kinder- und Jugendpolitik und definieren deren strategische Ausrichtung. In diesem Bericht werden sie als komplementäre Elemente betrachtet, die sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche vor dem Hintergrund ihrer individuellen Lebenswelten und sozialen Einbettungen als aktiv handelnde Subjekte anerkannt und beteiligt werden. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist, dass Kinder und Jugendliche befähigt werden, ihre Meinungen und Sichtweisen kompetent einzubringen. Ein demokratisches Bildungsverständnis bildet die Grundlage dafür, dass sie an gesellschaftlichen Prozessen, die für sie von Bedeutung sind, partizipieren können. Dadurch werden sie in ihrer Rolle als aktive Mitglieder der Gesellschaft gestärkt und erfahren eine nachhaltige Einbindung in politische Entscheidungsprozesse.

Um im Rahmen der Bestandesaufnahme zur Kinder- und Jugendpartizipation Partizipationsformate identifizieren zu können, haben wir auf drei in sich greifende Ebenen von Partizipationsprozessen zurückgegriffen:

A) Der Beteiligungsgrad von Kindern und Jugendlichen: Relevant für die Beschreibung von Formaten ist die Frage, in welcher Form sich Kinder und Jugendliche beteiligen können. Dazu greifen wir auf das Modell der Partizipationspyramide von Straßburger und Rieger (2014) zurück. Dieses Modell zeichnet sich dadurch aus, dass es Partizipation sowohl aus der institutionell-professionellen Perspektive als auch aus der Sicht der beteiligten Bürgerinnen und Bürger, sprich Kindern und Jugendlichen, betrachtet. Die Pyramide beschreibt auf unterschiedlichen Stufen die Formen der Beteiligung, von der reinen Information über Anhörung und Mitwirkung bis hin zur Selbstorganisation, bei der Kinder und Jugendliche eigenständig Verantwortung übernehmen können. Entscheidend ist hierbei, dass Partizipation als ein abgestuftes System verstanden wird, das sich je nach Kontext und Zielgruppe anpassen lässt. Im Detail umfassen die sechs Stufen folgende partizipativen Elemente, übersetzt auf das Feld der Kinder- und Jugendpartizipation (Straßburger & Rieger, 2014, S. 232f.):

1. Stufe: **Informieren**: Fachpersonen informieren Kinder und Jugendliche über eine bevorstehende Entscheidung und machen jene transparent.
2. Stufe: **Meinung erfragen**: Bevor eine Entscheidung getroffen wird, ermitteln Fachpersonen, wie die Kinder und Jugendliche die Ausgangslage, mögliche Reaktionsoptionen oder Konsequenzen einschätzen, um diese Einschätzungen gegebenenfalls in die Entscheidung mit einzubeziehen.
3. Stufe: **Lebensweltexpertise einholen**: Fachpersonen holen sich von Kindern und Jugendlichen Beratung basierend auf deren Lebensweltexpertise ein. Es ist jedoch ungewiss, ob sie diese Einschätzung in ihre Entscheidung einfließen lassen.
4. Stufe: **Mitbestimmung zulassen**: Fachpersonen und Kinder und Jugendliche erörtern bevorstehende Entscheidungen und einigen sich gemeinsam darauf, welche Schritte unternommen werden sollen.
5. Stufe: **Entscheidungskompetenz teilweise abgeben**: Fachpersonen räumen Kindern und Jugendlichen in bestimmten Bereichen das Recht ein, eigenständig Entscheidungen zu treffen.
6. Stufe: **Entscheidungsmacht übertragen**: Kinder und Jugendliche treffen eigenständig alle wesentlichen Entscheidungen, während Fachpersonen sie dabei unterstützen und begleiten.

Kritisiert werden solche Stufenmodelle aufgrund ihrer Hierarchisierung des Einbezugs. Daher ist es sinnvoll, diese zu ergänzen mit Blick auf die verschiedenen Formen der Beteiligung (Franks 2011). Hier wird nicht von einem Top-Down-Grad der Beteiligung ausgegangen, sondern die verschiedenen Formen der Beteiligung werden identifiziert entlang der Geschäfte in Politik, Verwaltung und Institutionen. Damit gelingt es, nicht nur allgemein den Beteiligungsgrad sichtbar zu machen, sondern auch nach den dahinterliegenden Geschäften zu fragen, an denen Kinder und Jugendliche partizipieren (können). Damit erfährt die Straßburger/Rieger-Pyramide eine Erweiterung durch das Model der Kinder- und Jugendpartizipation innerhalb von Forschungsprojekten (Shaw, Brady und Davey 2011), welches in der Bestandesaufnahme wie folgt adaptiert wird: Unterschieden wird zum einen zwischen einem Einbezug von Kindern und Jugendlichen als Teilnehmende an Geschäften aus Politik, Verwaltung und in Institutionen, in denen Kinder und Jugendliche als Wissensträgerinnen und -träger anerkannt und als Ressource für Auskünfte über ihre Perspektive in der Regel „befragt“ werden. Diese Formen benennen Straßburger und Rieger als Vorstufen der Partizipation. Weiterführend gibt es aber auch ein Verständnis von Kindern und Jugendlichen als Gestalter von Prozessen, d.h. sie werden selbst (immer mehr) aktiv in den Prozess der verschiedenen Geschäfte einbezogen und übernehmen zunehmend mehr Verantwortung in der Umsetzung dieser. Dies zeigt sich auch in der Straßburger/Rieger-Pyramide, denn ab hier steigert sich die Intensität der Mitbestimmung und Entscheidungskompetenz von Kindern und Jugendlichen.

B) Die Grundformen der Kinder- und Jugendpartizipation: Stange (2010) stellt diesen grundsätzlichen Zielen von Kinder- und Jugendpartizipation sechs unterschiedliche Strategien zur Seite, die er «Grundformen» der Kinder- und Jugendbeteiligung nennt und die beschreiben, in welcher Art und Weise Kinder und Jugendliche einbezogen werden (ebda., S. 19). Er unterscheidet: 1. Stellvertretende Formen (wie Kinderbüros u.ä.), 2. Beteiligungsformen an Erwachseneninstitutionen (wie den Einsitz einzelner Jugendlicher in politischen Gremien und Ausschüssen), 3. Punktuelle Partizipation (wie eine Bürgersprechstunde für Kinder und

Jugendliche), 4. Formelle und informelle Mitwirkungsrechte ohne Entscheidungsrechte (wie in Zukunftskonferenzen), 5. Offene Versammlungsformen (wie etwa in Kinder- und Jugendforen) sowie 6. Klassische Formen der Repräsentation (wie Kinder- und Jugendparlamente) (Stange 2010, S. 19-20).

C) Phasen des (politischen und projektbezogenen) Prozesses: Eine weitere, für den Kontext der Bestandesaufnahme wichtige Unterscheidung ist die Bewusstmachung und Unterscheidung unterschiedlicher Phasen politischer und projektbezogener Prozesse, in denen dann jeweils Kinder- und Jugendpartizipation realisiert wird/werden soll (Stange, 2010, S. 21, hier ergänzt mithilfe der Systematik des Policy Circle von Schubert und Klein, 2020): 1. Problemdefinition und Zielbestimmung (Ein Problem wird erkannt), 2. Agenda Setting (Das Problem wird auf die politische Tagesordnung gesetzt), 3. Beteiligung bei der Idee- und Vorschlagsentwicklung für Massnahmen zur Lösung des Problems, 4. Beteiligung bei Entscheidungen über konkrete Massnahmen, die umgesetzt werden, 5. Beteiligung bei der Planung der Umsetzung der Massnahmen, 6. Beteiligung bei der Umsetzung (Engagement und Verantwortungsübernahme), 7. Evaluation der Umsetzung der Massnahmen (Monitoring).

Dieses Phasenmodell ist deshalb hilfreich, weil es a) aufzeigt, dass in allen Phasen von politischen Prozessen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen möglich ist und b) ermöglicht, auf dieser Basis innerhalb Analyse der Partizipationsformate zu beschreiben, an was Kinder und Jugendliche in der Regel tatsächlich partizipieren.

Diese drei Ansätze dienen der Bestandesaufnahme im Sinne einer Heuristik für die Analyse bestehender Partizipationsformate von Kindern und Jugendlichen. Einerseits wird durch die Pyramidenstruktur die Abstufung der Beteiligungsmöglichkeiten verdeutlicht, welche Stimme Kindern und Jugendlichen eingeräumt wird. Andererseits bieten das Grundformen- und Phasen-Modell eine Systematik dafür an, woran und auf welche Art und Weise Kinder und Jugendliche in bestehenden Geschäften beteiligt werden und was mit den Ergebnissen der Partizipationsprozesse geschehen kann.

2.2 Methodisches Vorgehen

Kriteriengeleitete Bestandesaufnahme

Auf der Basis der konzeptionell-analytischen Vorüberlegungen wurden zwei Arten von Kriterien für die Bestandesaufnahme abgeleitet:

Erstens Auswahl- und Suchkriterien, die die Recherche anleiteten und zur Auswahl der zu dokumentierenden Projekte und Verfahren dienten:

- In einem ersten Schritt wurden solche Projekte und Verfahren auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene aufgenommen, die in der Selbstbeschreibung deklarieren, partizipativ mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten und damit die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu fördern.
- Daraus abgeleitet wurden nur solche Projekte und Verfahren einer genaueren Analyse unterzogen, die über den bei Straßburger/Rieger (2014, s.o.) als «Information» bezeichneten Beteiligungsgrad hinausreichen und damit über das Verständnis von Kindern und Jugendlichen als passive Teilnehmende hinaus gehen.

- Projekte und Verfahren auf Gemeinde- oder Kantonebene wurde nicht von vornherein ausgeschlossen, wenn diese ein minimales Potenzial an Erkenntnisse für die Bundesebene vermuten liessen.

Zweitens wurden aus diesen konzeptionellen Überlegungen Kriterien zur Dokumentation und Analyse von recherchierten Projekten und Verfahren abgeleitet. Diese Analyse-Kriterien wurden auch in die Leitfäden für die Schneeballgespräche und die Interviews mit Schlüsselpersonen aufgenommen (siehe Anhang 2). Zu diesen Kriterien zählen:

- die Ziele und Zwecke, die mit den Projekten und Verfahren der Partizipation verfolgt wurden,
- die rechtlichen Grundlagen und Zuständigkeiten für Initiierung und Durchführung von Partizipationsprozessen,
- die Dokumentation der Einzelmethoden und der eingesetzten Ressourcen,
- sowie Erkenntnisse darüber, welche Zielgruppen jeweils erreicht wurden oder für welche die Ansätze geeignet erscheinen (Stichwort Niederschwelligkeit),
- ebenso wie – soweit dokumentiert oder evaluiert – ableitbare Erfolgsfaktoren und Stolpersteine.

Literaturrecherche zur Identifikation von Partizipationsformaten

In einem ersten Schritt wurde eine von diesen Kriterien geleitete Literaturrecherche zu niederschweligen Partizipationsformaten in der deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Schweiz durchgeführt, die bereits umgesetzt werden/ wurden. Der Fokus lag dabei auf Formaten in Kantonen, Gemeinden und relevanten Institutionen aus dem Kinder- und Jugendbereich, die das Potenzial für eine Übertragbarkeit auf die Bundesebene von Politik und Verwaltung haben. Zusätzlich wurden Formate aus vergleichbaren föderalen Staatssystemen (u. a. Finnland, Schweden, Irland, Frankreich und Vereinigtes Königreich) berücksichtigt. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Diversitätsmerkmale von Kindern und Jugendlichen gelegt, um die spezifischen Anforderungen an die Partizipation dieser Gruppen in den Blick nehmen zu können. Um die dem BSV bereits bekannten partizipativen Projekte zu identifizieren, wurde zu Beginn dieser Arbeitsphase ein ca. einstündiges Gespräch mit Sonja Merwar, Regula Brügger und Stéphanie Schneider als Vertreterinnen des auftraggebenden BSV geführt. Dies diente auch der Vertiefung der Grundlagen und einer ersten Orientierung. Bei der Literaturrecherche wurden folgende Publikationstypen berücksichtigt:

- wissenschaftliche Dokumentationen und Evaluation von Kinder- und Jugendpartizipation,
- Berichte von durchführenden Organen und aus dem politisch-administrativem Bereich («graue Literatur»),
- Selbstberichtete Projektbeschreibungen in Borschüren, Flyern, Websites und ähnlichen.

Kurzumfrage im Schneeballverfahren und qualitative Einzelinterviews mit Schlüsselpersonen

Ergänzend zur Literaturrecherche wurden parallel mit 13 Schlüsselpersonen und -organisationen Online- und Telefon-Interviews durchgeführt. Diese verfolgten zwei unterschiedliche Ziele: Zum einen wurden Partizipationsformate in der Schweiz identifiziert, um die Literaturrecherche zu ergänzen. Dies vor dem Hintergrund, dass davon auszugehen war, dass nicht alle Massnahmen und Projekte zur Kinder- und Jugendpartizipation ausschliesslich über eine Literaturrecherche erfasst werden können. Zum anderen dienten die Interviews dazu, gezielte vertiefte Einblicke in Erfahrungswerte, Gelingensbedingungen und Herausforderungen von

Partizipationsprozessen mit Kindern und Jugendlichen zu erhalten, welche auch für die Bundesverwaltung relevant sind. Die in der Ausschreibung genannten Organisationen wurden als Ausgangspunkt genutzt und im Sinne der Samplingstrategie des Schneeballverfahrens¹ um weitere relevante Akteurinnen und Akteure ergänzt, die in den ersten Interviews als solche benannt wurden. Durch dieses Verfahren wurde sichergestellt, dass neben relevanten Projekten und Prozessen auch die Schweizer Sprachregionen und sozioregionale Unterschiede (Stadt-Agglomeration-ländliche Gebiete) vertreten sind. Der Interviewleitfaden, die Auswahl der Erstkontaktpersonen und der weiteren Interviewpersonen sowie die Art der Anfrage (schriftlich, mündlich) wurden vorgängig mit dem BSV abgestimmt. Die Interviews wurden mit folgenden Organisationen durchgeführt:

- Fachkonferenz Citoyenneté
- Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV)
- Kinderlobby Schweiz, Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ)
- Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz (DOJ)
- Campus für Demokratie
- Jugenddelegierter Kanton Wallis
- UNICEF Schweiz und Liechtenstein
- Institut für Kinder- und Jugendhilfe der Fachhochschule Nordwestschweiz
- Pro Futuris
- Schweizerische Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)
- Pro Juventute
- Eurodesk italienischsprachige Schweiz

Die Interviews hatten eine Dauer von ca. 30 Min. bis 1 Std. Ergänzend wurden mit demselben Leitfaden zehn wissenschaftliche Expertinnen und Experten aus den europäischen Kooperationszusammenhängen der OST – Ostschweizer Fachhochschule befragt. Hier interessierten besonders deren Empfehlungen von «good practice»-Ansätzen aus ihren jeweiligen nationalen Kontexten. Eine Liste der telefonisch sowie schriftlich befragten Personen findet sich in Anhang 1.

3. Identifikation der Partizipationsformate von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz

Im folgenden Kapitel werden zum einen die Ergebnisse der kriteriengeleitete Recherche zu den identifizierten Partizipationsformaten von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz dargestellt und beschrieben. Zum anderen wird ein kurzer Überblick über die Qualität der Datengrundlage (u.a. Dokumente, Homepagetexte, Angaben durch die Schneeballbefragungen) gegeben, um eine Einschätzung zu erhalten, wie Partizipationsangebote und Projekte in der Regel dokumentiert und damit von aussen her nachvollziehbar sind werden.

¹ Schneeballverfahren kommen in qualitativen Forschungsdesigns dann zum Einsatz, wenn, wie im vorliegenden Fall, „Forschungsfelder undurchsichtig sind, d.h. es vorab schwer ist, herauszufinden, welche Untersuchungseinheiten überhaupt theoretisch relevant sind“ (Akremi 2019, S. 320).

3.1 Ergebnis der Literaturrecherche: Welche Partizipationsformate für Kinder und Jugendliche gibt es in der Schweiz?

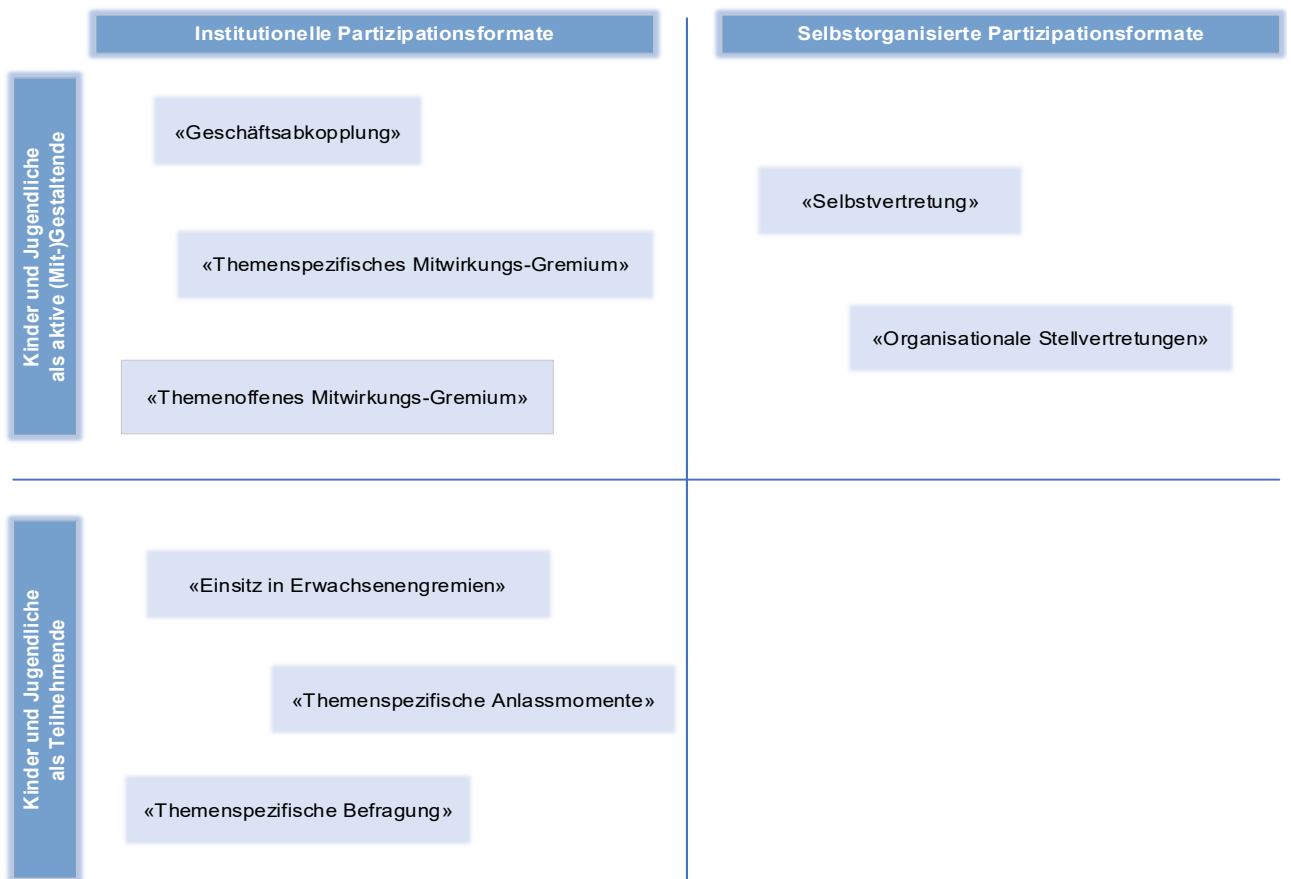


Abbildung 1: Partizipationsformate von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz im Überblick (eig. Darstellung)

Im Folgenden werden die verschiedenen Partizipationsformate beschrieben, wie sie sich entlang des konzeptionell-analytischen Rahmens und auf Basis der Literaturrecherche identifizieren lassen. Nach einer kurzen Beschreibung werden die jeweiligen Spezifika benannt und exemplarisch zwei Beispiele aufgezeigt. Zentral ist, dass nur solche Formate in die Darstellung aufgenommen wurden, die auch so in der Schweiz umgesetzt werden. Da, wo sich nur wenige Beispiele aus der Schweiz veranschaulichen lassen, wurde aus dem europäischen Kontext ein Beispiel ergänzt.

Partizipationsformat «Geschäftsabkopplung»

Beschreibung:

Im Rahmen der Geschäfte und Aufgaben einer Institution oder einer Behörde wird ein Teilauftrag so abgekoppelt, dass die Prozessgestaltung als auch die Entscheidungen an Kinder und Jugendliche übertragen werden.

Spezifika:

- Bestehende und reguläre - zum Teil gesetzlich auch verankerte - Geschäfte und Aufgaben einer Institution oder einer öffentlichen Verwaltung wie u.a. einer Behörde werden darauf geprüft, ob sie von Kindern und Jugendlichen übernommen werden können.
- Die Rahmenbedingungen inkl. Verantwortlichkeiten des «abgekoppelten» Geschäfts sind schriftlich definiert von der Institution oder Behörde (u.a. in Form von Richtlinien).
- Bezogen auf die Phasen der (politischen und projektbezogenen) Prozesse werden hier sowohl Prozessgestaltung als auch die notwendigen Entscheide und Umsetzungen im definierten Rahmen der Abkopplung des Geschäfts abgegeben bzw. anvertraut.
- Es wird von Seiten der Institution eine administrative Unterstützung zur Umsetzung der Geschäfte oder des Auftrags zur Verfügung gestellt.
- Eine erwachsene Person in verantwortlicher Funktion der Institution oder Behörde hat beratenden Einsitz in die Sitzungen von Kindern und Jugendlichen.
- Die Altersspanne der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beginnt mit einem Alter von 12 Jahren und geht in der Regel über das 18. Lebensjahr hinaus (entweder bis 25 Jahren oder alle Bürgerinnen und Bürger z.B. einer Gemeinde sind eingeladen).

Beispiele:

- *Jugendforum der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB):* Die SAB vergibt das Label «Jugendfreundliche Bergdörfer». Für die Organisation des Labels hat der Verein ein Jugendforum installiert und die Verantwortung für den Prozess als auch die notwendigen Entscheidungsprozesse an das Jugendforum SAB übergeben. In der Aufgabe des Jugendforums liegen u.a. die Vergabe des Labels „Jugendfreundliche Bergdörfer“, das Reporting und Controlling der Label-Gemeinden, die Publikation von Beiträgen in Medien und Fachpresse in Zusammenarbeit mit dem Pressedienst der SAB, den Betrieb und Unterhalt eines Internet-Auftrittes. Darüber hinaus überwacht es die Einhaltung der Kriterien durch die Label-Dörfer und bereitet das jährliche Jugendforum vor. Als Unterstützung für die administrative Arbeit stellt der Verein ein Sekretariat zur Verfügung, das Aufgaben wie Vorbereitung der Jahreskonferenz und Protokollführung; Verfassung von Stellennahmen und Mitgliederverwaltung unterstützend übernimmt. Die Direktorin bzw. der Direktor des SAB hat beratenden Einsitz im Jugendforum (<https://www.jugend-im-berggebiet.ch/>).

- «*Nuorten Budjetti*», *Helsinki*: In der finnischen Hauptstadt Helsinki entscheiden im Rahmen des Projekts «*Nuorten Budjetti*» Jugendliche von 12 bis 17 Jahren, wofür sie das Jugenddienstleistungsbudget der Stadt ausgeben. Zum Beispiel können sie neue Aktivitäten oder Veranstaltungen in ihrer Nähe vorschlagen. Die gemeinsam ausgewählten Vorschläge werden jährlich als Jugendbudget umgesetzt. Jugendliche werden von ihren Stadtteiljugendtreffs bei der Entwicklung von Ideen und der Einreichung von Anträgen unterstützt. Der Prozess zur Entscheidung über das Jugendbudget umfasst fünf Phasen: 1. Abfrage von Ideen – bei der elektronischen Abfrage von Ideen können die Jugendlichen ihre Wünsche, Sorgen und Ideen mitteilen; 2. Workshops – die Jugendlichen gehen zunächst mit den Jugendbetreuerinnen und -betreuern in ihren Jugendzentren die Antworten auf die Umfrage in ihrem Gebiet durch. Dabei geht es darum, herauszufinden, was andere Jugendliche in der Gegend für wichtig halten. Danach machen die Jugendlichen Vorschläge, wofür das Geld der Jugendhilfe ausgegeben werden sollte und wie das Leben und das Wohlbefinden junger Menschen in Helsinki verbessert werden könnte; 3. Abstimmungen – die Jugendlichen stimmen über ihre Stimme für ihre favorisierten Pläne abgeben; 4. Beiräte – die Beiräte entscheiden, wie die Vorschläge, die am meisten Stimmen erhalten haben, in die Praxis umgesetzt werden. Die Jugendlichen, die Vorschläge gemacht haben, werden eingeladen, in den Beiräten mitzuarbeiten, aber auch andere sind willkommen.; 5. Umsetzung – die vom Beirat zur Umsetzung ausgewählten Vorschläge werden im Laufe des folgenden Jahres in Zusammenarbeit zwischen jungen Menschen und Jugendbetreuerinnen und -betreuern umgesetzt (<https://nuorten.hel.fi/en/take-part-and-make-a-difference/youth-budget/>).

Weitere Beispiele, u. a.:

- «*OmaStadi*», *Helsinki*: Partizipatorisches Budget für Menschen ab 13 Jahren der Stadt Helsinki: 8.8 Millionen EUR im Stadtbudget sind reserviert für von Stadtteilbewohnerinnen und Stadtteilbewohnern eingereichte Projekte. Antragsrecht und Abstimmungsrecht liegt bei allen Einwohnenden ab 13 Jahren (<https://omastadi.hel.fi/?locale=en>).

Partizipationsformat «Themenoffenes Mitwirkungs-Gremium»

Beschreibung:

Im Rahmen der Geschäfte und Aufgaben einer Behörde wird ein Gremium/Gefäss installiert, in dem Kinder und Jugendliche offen (und möglichst lebensweltnah) Themen, die sie beschäftigen, einbringen und verhandeln können

Spezifika:

- Kinder und Jugendliche erarbeiten in einem über eine gewisse Zeit bestehenden Gremium/Gefäss Vorschläge und Ideen für Problemlösungen bzw. formulieren ihre Bedürfnisse. Diese werden daraufhin entweder an politische Gremien übergeben zur Weiterbearbeitung durch Erwachsene oder von den Kindern und Jugendlichen gemeinsam mit Erwachsenen umgesetzt.

- Bezogen auf die Phasen der (politischen und projektbezogenen) Prozesse werden hier sowohl Prozessgestaltung als auch die notwendigen Entscheide und Umsetzungen im definierten Rahmen der Gremien und Gefässe zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gemeinsam umgesetzt.
- Die beteiligte Altersgruppe ist breit, beginnt bei 6-jährigen und reicht bis zu Volljährigen.
- Das Mitwirkungs-Gremium wird in der Regel durch Erwachsene initiiert und vom Prozess her geleitet.

Beispiele:

- *KinderMitWirkung, Kinderbüro Basel gemeinsam mit dem Erziehungsdepartement Kanton Basel-Stadt*: KinderMitWirkung gibt Basler Schulkindern der 2. bis 6. Primarstufe die Möglichkeit, ihre Stadt kinderfreundlicher zu gestalten. Es können beispielsweise Ideen für die Freizeit, die Schule oder die Frage, wie Orte in der Stadt verändert werden können, erarbeitet werden. In Gruppen entwickeln jeweils 40 Kinder während zwei Monaten Ideen zu Freizeit, Schule und Stadtgestaltung. Unter Anleitung des Kinderbüros Basels werden ihre Bedürfnisse herausgefiltert und daraus vier Anträge an die Basler Regierung formuliert. Den Abschluss des Projekts bildet eine Präsentation der Anträge im Rathaus der Basler Regierung, bei der die Kinder ihre Anliegen direkt vortragen. Das Projekt wird jährlich durchgeführt (<https://www.kinderbuero-basel.ch/#projekte/1111>).
- *Conseil des enfants (Lausanne)*: Der Kinderrat der Stadt Lausanne bietet Kindern im Alter von 6 bis 12 Jahren die Möglichkeit, sich aktiv an der Gestaltung ihres Stadtteils zu beteiligen. Die Kinder diskutieren über Themen, die sie interessieren oder beschäftigen; sie bringen ihre Erfahrungen, Meinungen und Sorgen ein und beteiligen sich so am Leben der Stadt und ihres Viertels. In Begleitung von Animatorinnen und Animatoren diskutieren sie über ihre Anliegen und setzen eigene Projekte um, wie die Einrichtung einer Bücherhütte, die Organisation einer Party oder die Instandsetzung eines Spielplatzes (<https://www.m-q-c.ch/activites/conseil-des-enfants/>).

Weitere Beispiele, u. a.:

- *PartiZhipation (okaj Zürich)*: Das Projekt stärkt die Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf Gemeindeebene. Nach einer Bestandaufnahme der bestehenden Strukturen werden ihre Bedürfnisse durch Befragungen und Workshops erhoben. Auf dieser Basis entwickelt die Gemeinde einen Aktionsplan, um Kinder und Jugendliche aktiv in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Die Umsetzung und Wirkung der Massnahmen werden regelmäßig überprüft (<https://okaj.ch/projekte/partizhipation>).
- *Kinder- und Jugendparlament Stadt Bern*: Das Kinderparlament richtet sich an Kinder zwischen 8 und 13 Jahren, die in der Stadt Bern wohnen. Es trifft sich dreimal pro Jahr für eine Session. An der Session diskutieren die Kinderparlamentarierinnen und -parlamentarier über verschiedene Themen, stimmen über Anliegen ab und werden über die Tätigkeiten und Ausgaben der Arbeitsgruppen informiert. Das Sessionsprogramm wird von den Kindern selbst erarbeitet. Ein gewähltes Co-Präsidium moderiert die Sessions und vertritt das KiPa in der Öffentlichkeit. Das Jugendparlament richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 15 Jahren. Das Parlament hat die Möglichkeit, mit politischen Vorstössen (Jugendmotion) die Politik und Gesetzgebung der Stadt Bern selbst aktiv mitzugestalten und

mitzubestimmen. Die Mitglieder treffen sich mehrmals jährlich zu den offiziellen Vollversammlungen, wo sie über die aktuellen Geschäfte debattieren und abstimmen (<https://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/bss/familieundquartier/bereich-soziokultur/fachstelle-fuer-kinder-und-jugendmitwirkung>).

- *PolitKids / PolitTeens, Basel:* Fördert den Austausch zwischen Schülerinnen und Schülern ab der 5. Primarstufe bis zur 2. Sekundarstufe, Mitgliedern des Grossen Rates, des Jungen Rates und Verwaltungsmitarbeitenden, indem die Kinder und Jugendlichen in vorbereitenden Lektionen politische Grundlagen erlernen und eigene Anliegen entwickeln, die sie im Basler Rathaus mit Politikern diskutieren können. Der Prozess wird durch das Kinderbüro Basel begleitet (<https://www.polit-baukasten.ch/#politkids>).

Partizipationsformat «Themenspezifisches Mitwirkungs-Gremium»

Beschreibung:

Im Rahmen der Geschäfte und Aufgaben einer Behörde wird ein Gremium/Gefäss installiert, welches Positionen und Rückmeldungen von Kindern und Jugendlichen zu laufenden Geschäften einholt.

Spezifika:

- Kinder und Jugendliche erarbeiten in einem über eine gewisse Zeit bestehenden Gremium/Gefäss Vorschläge und Ideen zur von Institutionen und Behörden eingebrachten Geschäften. Nach der Rückmeldung von Ideen und Vorschlägen, ist in der Regel der Prozess beendet. An der Formulierung und Umsetzung von Massnahmen sind Kinder und Jugendliche in der Regel nicht mehr beteiligt.
- Die beteiligte Altersgruppe beginnt bei 8-jährigen und reicht über die Volljährigkeit hinaus.
- Das Mitwirkungs-Gremium wird durch Erwachsene initiiert und vom Prozess her geleitet.

Beispiele:

- *Kinderbeirat Kidimo-App, OST – Ostschweizer Fachhochschule:* Zur Entwicklung einer App zu den Kinderrechten, die von Kindern für Kinder gestaltet wurde, entstand ein Kinderbeirat, der den Projektprozess über fast zwei Jahre begleitete. Die Kinder zwischen 8 und 12 Jahren brachten ihre Meinungen und Feedback ein und trafen zentrale Gestaltungsentscheidungen für die App. Zwei Fachpersonen unterstützten den Kinderbeirat und dienten als Schnittstelle zum Entwicklerteam der OST – Ostschweizer Fachhochschule. Das Engagement erforderte eine hohe Verbindlichkeit über einen | Zeitraum (<https://www.ost.ch/de/projekt/projekt-kinderbeirat-erstmalige-umsetzung-eines-kinderbeirats-im-rahmen-eines-forschungsprojektes>).
- *Youth Advisory Board Pro Juventute:* Ein Beispiel für ein auf Dauer angelegtes Verfahren ist das Youth Advisory Board der Pro Juventute, ein Sounding Board-Ansatz, bei dem Jugendliche bei Interesse über einen längeren Zeitraum an Projekten mitarbeiten können. Die Jugendlichen haben die Möglichkeit, die Arbeit von Pro Juventute aktiv mitzugestalten und ihre Sichtweisen dazu einzubringen. Die Mitarbeit kann je nach Bedürfnis durch kürzere oder längere Projektmitarbeiten ausgestaltet werden (u. a. Umfragen

ausfüllen oder an Workshops teilnehmen). Einmal im Jahr findet zudem der YAB Day statt, an dem die teilnehmenden Jugendlichen die Gelegenheit haben, sich zu sehen und auszutauschen (<https://www.147.ch/de/info/wie-mitmachen/>).

Weitere Beispiele, u.a.:

- *Nationales Jugendparlament Irland «Dáil na nÓg»*: Nationale Jugendpartizipationsstrukturen basieren auf dem Delegiertenprinzip mit Vertretenden aus lokalen Jugendparlamenten und nationalen Jugendorganisationen. Eine Quotenregelung sichert die Repräsentation verschiedener Regionen, Altersgruppen, Geschlechter und Organisationen. Die «National Executive» mit 31 Mitgliedern wird für zwei Jahre über Delegationen gewählt, wodurch der Zugang über lokale Jugendräte gewährleistet bleibt. Das Parlament besteht aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 12 und 24 Jahren (<https://comhairlenanog.ie/>).

Partizipationsformat «Einsitz in Erwachsenengremien»

Beschreibung:

Kinder und Jugendliche haben Einsitz und eine Stimme in Erwachsenengremien von Institutionen oder Behörden, die die Aufgaben und Geschäfte steuern, überwachen oder gestalten.

Spezifika:

- Kinder und Jugendliche können sich an allen Geschäften der Erwachsenen beteiligen, ausgerichtet danach, welchen Zweck und Auftrag das Erwachsenengremium oder -gefäss hat.
- Kinder und Jugendliche haben kein Stimmrecht, sondern einen beratenden Einsitz in die Gremien/Gefässe.
- Kinder und Jugendliche sind älter als 12 Jahre und engagieren sich ggf. auch bereits in einem Themenoffenen oder spezifischen Mitwirkungs-Gremium.

Beispiel:

- *Kinder- und Jugendkommission Kanton Basel-Stadt*: Die Kinder- und Jugendkommission des Kantons Basel-Stadt trifft sich jährlich zwei Mal, um Anliegen der Basler Jugend zu besprechen. Dabei anwesend sind immer verschiedene Vertreterende des Erziehungsdepartements, der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik (KJPK), von Gemeinden, sowie zwei Delegierten des Jungen Rats. Die vom Regierungsrat gewählte Kinder- und Jugendkommission berät private und öffentliche Stellen bei der Weiterentwicklung der Förderung und des Schutzes von Kindern und Jugendlichen. Sie fördert die Zusammenarbeit zwischen privaten Leistungserbringern und kantonalen und kommunalen Stellen und engagiert sich für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen (<https://www.junger-rat.ch/projekte/jugend-kinder-kommission/>; <https://www.bs.ch/ed/gremien#kommissionen>).

Partizipationsformat «Themenspezifische Anlassmomente»

Beschreibung:

Im Rahmen der Geschäfte und Aufgaben einer Institution oder Behörde wird punktuell, aber regelmässig ein Anlass organisiert, an dem Kinder und Jugendliche ihre Meinung einbringen können zu spezifischen Themen.

Spezifika:

- Kinder und Jugendliche erarbeiten zu einem gewissen Moment Vorschläge und Ideen zur von Institutionen und Behörden eingebrachten Geschäften. Nach der Rückmeldung von Ideen und Vorschlägen, ist in der Regel der Prozess beendet. An der Formulierung und Umsetzung von Massnahmen sind Kinder und Jugendliche in der Regel nicht mehr beteiligt.
- Punktuell bedeutet, dass es in der Regel einen Mitwirkungsanlass gibt, an dem die Kinder- und Jugendlichen eingeladen werden. Regelmässig bedeutet, dass diese Anlässe nicht nur einmalig stattfinden müssen, sondern es mittlerweile auch Formen gibt, wo immer z. B. wenn eine Strategieentwicklung stattfindet, Kinder und Jugendliche einbezogen werden.
- In der Regel wechseln die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen pro Anlass, der stattfindet.
- Die beteiligte Altersgruppe beginnt bei 8-jährigen und reicht über die Volljährigkeit hinaus.
- Der Mitwirkungs-Anlass wird durch Erwachsene initiiert und vom Prozess her geleitet.

Beispiele:

- *Engage-Prozess, Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ):* Der Engage-Prozess unterstützt Gemeinden dabei, Jugendpartizipation nachhaltig und strukturell zu verankern. Die Gemeinde wird während eines Jahres durch das Engage-Team eng begleitet. Mittels eines Onlinekanals und einer Jugendumfrage werden die Anliegen und Ideen der Jugendlichen erfragt. Zudem finden unterschiedliche Events, Unterstützung bei der Umsetzung von Projekten und Beratung in Bezug auf nachhaltige Partizipationsstrukturen statt (<https://www.engage.ch/engage-prozess-der-gemeinde-oder-region>).
- *Kinderverfassungsrat Kanton Wallis:* Beim Entwurf einer neuen Verfassung für den Kanton Wallis erhielten Kinder und Jugendliche in den Jahren 2020-2021 die Möglichkeit, ihre Meinung zur zukünftigen Verfassung zu äussern. Die Vorschläge der Kinder und Jugendlichen wurden an den Verfassungsrat weitergeleitet mit dem Ziel, dass sie in die Überlegungen des Rates einfliessen (<https://www.kinderjugendpolitik.ch/projekte/details/projects/project/detail/kinderverfassungsrat>).
- *Progetto di aggiornamento della Legge giovani e Legge colonie:* Der Kanton Tessin will sein Jugendförderungsgesetz (Legge giovani) erneuern und organisiert dafür unterschiedliche Beteiligungsanlässe, an denen Kinder und Jugendliche ihre Ansichten und Wünsche einbringen können. Das Besondere daran ist, dass Jugendliche Social Media-Beiträge wie Podcasts, Stop-Motion-Filme, Graphic Recordings u.ä. produzieren, die dann für die offizielle Kommunikation des Kantons verwendet werden, um für Kinder- und

Jugendthemen zu werben (<https://www4.ti.ch/generale/infogiovani/attivita-giovanili/ufficio-giovani/aggiornamento-legge-giovani-e-legge-colonie>)

Weitere Beispiele, u. a.:

- *Mitwirkungstag Kanton Appenzell Ausserrhoden (AR)*: Der Mitwirkungstag ist Teil der partizipativen Strategieentwicklung für Kinder- und Jugendpolitik im Kanton AR. Kinder und Jugendliche von 9 bis 22 Jahren lernten geplante Massnahmen der Kinder- und Jugendpolitik kennen, konnten diese ergänzen und weiterentwickeln (<https://ar.ch/verwaltung/departement-gesundheit-und-soziales/amt-fuer-soziales/abteilung-chancengleichheit/foerderung/mitwirkungstag/>).
- *Nationaler Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung, Deutschland*: Der Nationale Aktionsplan zur Erarbeitung von Empfehlungen für wirksame Kinder- und Jugendbeteiligung wurde von 2022 bis 2025 durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland erstellt. Dabei waren Kinder und Jugendliche über unterschiedliche Formate wie Jugend-Audits und Dialogforen direkt beteiligt. Zudem gab es eine Beteiligung von Kinder- und Jugendverbänden in Form von Denkfabriken als eine indirekte Form des Einbezugs jugendlicher Interessen (<https://jugendstrategie.de/nap/>).

Partizipationsformat «Themenspezifische Befragung»

Beschreibung:

Im Rahmen der Geschäfte und Aufgaben einer Institution oder Behörde werden (Online-)Umfragen oder Gruppendiskussionen durchgeführt, um die Meinung von Kindern und Jugendlichen nach gezielten Themen einzuholen

Spezifika:

- Kinder und Jugendliche nehmen Teil an Umfragen, die in der Regel online stattfinden. Dabei werden sie in der Regel gezielt nach ihren Einschätzungen zu bestimmten Themen befragt (u. a. ob es genug Angebote gibt, wo sie in der Gemeinde ihre Freizeit verbringen können)
- Die Ergebnisse werden in einem Bericht festgehalten. Die Konsequenzen werden im Rahmen von Geschäften und Aufgaben einer Institution oder Behörde durch Erwachsene formuliert.
- In der Regel werden Kinder und Jugendliche ab 9 Jahren einbezogen. Jüngeren Kinder sind eher der Einzelfall.

Beispiele:

- Diverse Umfragen u. a. im Rahmen des Vergabeprozesses des UNICEF-Labels «Kinderfreundliche Gemeinde»

Partizipationsformat «Selbstvertretung»

Beschreibung:

Selbstorganisiert sichtbar werden wollen in Bezug auf laufende Geschäfte und Aufgaben einer Institution oder Behörde.

Spezifika:

- Jugendliche formulieren ihre Ideen und versuchen, diese sichtbar zu machen gegenüber u. a. Politik.
- Bezogen auf die Phasen der (politischen und projektbezogenen) Prozesse werden hier sowohl Prozessgestaltung als auch die notwendigen Entscheide und Umsetzungen im definierten Rahmen der Gremien und Gefässe von Kindern und Jugendlichen selbst umgesetzt.
- Im Rahmen der laufenden Geschäfte und Aufgaben u. a. einer Behörde, sind sie darauf angewiesen, dass ihre Anliegen aufgenommen und behandelt werden.
- Ab einem Alter von 12 Jahren.
- Unterstützt von Erwachsenen im Vorstand und in den administrativen Aufgaben.

Beispiel:

- *Kinderlobby Schweiz*: Die Kinderlobbyistinnen und -lobbyisten sind Kinder und Jugendliche (meist 12 bis 18 Jahre), die die Interessen von Kindern und Jugendlichen im Bundeshaus vertreten, indem sie bei relevanten Themen den direkten Austausch mit National- und Ständeratsmitgliedern suchen und ihren Standpunkt, basierend auf der UN-Kinderrechtskonvention, einbringen. Zudem unterstützt die Kinderlobby Personen/ Organisationen fachlich und ideell, die sich für die Umsetzung der Kinderrechte einsetzen, bezieht fachlich Stellung zu aktuellen Ereignissen, die in Zusammenhang mit der Umsetzung der Kinderrechte stehen und bereitet Fachwissen auf und stellt es der Öffentlichkeit zur Verfügung (<https://www.kinderlobby.ch/>).

Partizipationsformat «Organisationale Stellvertretungen»

Beschreibung:

a) Selbstorganisiert von einer (erwachsenen) Institution werden punktuelle Anlässe organisiert, an denen Kinder und Jugendliche sich offen einbringen können.

Spezifika:

- Kinder und Jugendliche erarbeiten zu einem gewissen Moment offen Vorschläge und Ideen, die ihnen wichtig sind.
- Punktuell bedeutet, dass es in der Regel einen Mitwirkungsanlass gibt, an dem die Kinder- und Jugendlichen eingeladen werden. Regelmässig bedeutet, dass diese Anlässe nicht nur einmalig stattfinden

müssen, sondern es mittlerweile auch Formen gibt, wo immer z. B. wenn der Tag der Kinderrechte ist, Kinder und Jugendliche einbezogen werden.

- In der Regel wechseln die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen pro Anlass, der stattfindet.
- Im Rahmen der laufenden Geschäfte und Aufgaben u. a. einer Behörde, sind sie darauf angewiesen, dass ihre Anliegen aufgenommen und behandelt werden.
- Die beteiligte Altersgruppe beginnt bei 8-jährigen und reicht über die Volljährigkeit hinaus.
- Der Mitwirkungs-Anlass wird durch Erwachsene initiiert und vom Prozess her geleitet.

Beispiele:

- *Kinderkonferenzen Deutschschweiz und Romandie (Kinderdorf Pestalozzi, Kinderlobby Schweiz, Terre des Hommes Suisses, SAJV)*: Das Ziel der Konferenzen ist, die Partizipation von Kindern im Alter von 9 bis 13 Jahren bei der Ausgestaltung ihrer Rechte zu fördern. Während vier Tagen im November diskutieren 60 Kinder an zwei Konferenzen in der Deutschschweiz und Romandie kinderrechtsbezogene Themen, formulieren konkrete Empfehlungen und präsentieren diese an einer Abschlusskonferenz. Die Kinderlobby Schweiz übernimmt die politische Weiterverfolgung, während ein Patronatskomitee aus Nationalratsmitgliedern die öffentliche Sichtbarkeit sicherstellt (<https://www.pestalozzi.ch/de/projekte/schweiz/kinderkonferenz>).
- *Jugendsession (SAJV)*: Die Eidgenössische Jugendsession bringt jährlich 200 Jugendliche aus der ganzen Schweiz ins Bundeshaus, um ihre Anliegen zu diskutieren und politische Forderungen zu formulieren. Während vier Tagen übernehmen sie das Parlament, entwickeln in Arbeitsgruppen Ideen und diskutieren mit Expertinnen, Experten, Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Die erarbeiteten Forderungen werden im Plenum im Nationalratssaal vorgestellt, darüber abgestimmt und anschließend dem Parlament übergeben. Die Jugendsession richtet sich an 14- bis 21-Jährige unabhängig von Sprache, Bildungshintergrund oder Parteizugehörigkeit. Ein Auswahlverfahren sorgt für eine breite Vertretung der Jugendlichen. Neben der jährlichen Session engagieren sich rund 30 Freiwillige im Organisationskomitee und im Forum der Jugendsession, das sich mit Lobbying für die verabschiedeten Forderungen einsetzt (<https://www.jugend-session.ch/de/>).

Weitere Beispiele, u. a.:

- *Zukunftsrat U24*: Ein Bürger- und Bürgerinnenrat für junge Menschen, bestehend aus 80 ausgelosten und in der Schweiz wohnhaften Personen im Alter von 16 bis 24 Jahren. Der Zukunftsrat bildet einen Querschnitt der jungen Bevölkerung in der Schweiz in Bezug auf verschiedene demografische Kriterien. In einer schweizweit repräsentativen Umfrage wurde psychische Gesundheit als Thema für den Zukunftsrat gewählt. An drei Wochenenden zwischen September und November 2023 hat der Zukunftsrat darauffolgend Handlungsempfehlungen an die Adresse von Politik, Verwaltung und Gesellschaft erarbeitet (<https://zukunftsrat.ch/>).
- *World Child Forum, Davos*: Das Forum bietet Vertretenden der globalen Jugend eine Plattform, um zukunftsweisende Themen aus der Perspektive der langfristig am stärksten Betroffenen und mit konsequenter

Offenheit für das Machbare zu diskutieren. Es zielt darauf ab, die überwiegend geo- und wirtschaftspolitisch getriebenen Entscheidungen des Weltwirtschaftsforums mit einer optimistischen Zukunftsvision zu beeinflussen. Die Ergebnisse des World Child Forum werden an einer Abschlusspräsentation der Öffentlichkeit vorgestellt (<https://world-child-forum.org/>).

b) Selbstorganisiert als ständige (erwachsene) Institution, die sich für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen einbringt.

Spezifika:

- In der Regel finanziert durch Stiftungen und öffentlichen Gelder setzt sich eine Institution speziell für die Förderung von Partizipation von Kindern und Jugendlichen in einer Stadt ein.
- Es werden verschiedene Partizipationsformate in Form von einzelnen Projekten umgesetzt.
- Durch Erwachsene geführt und geleitet.

Beispiele:

- *Kinderbüro Basel*: Der Verein Kinderbüro Basel ist eine Fachstelle für Kinderbeteiligung, die sich bei ihrer Arbeit auf die UN-Kinderrechtskonvention stützt. Dabei werden die Mitwirkungsrechte fokussiert: Kinder haben das Recht auf die aktive Mitgestaltung der Bereiche, die sie direkt betreffen. Dazu gehören die verständliche Information, die Mitsprache und die Mitentscheidung in für Kinder bedeutsamen Angelegenheiten. Im Kinderbüro lernen Kinder, sich wirkungsvoll einzubringen. Die Kinder werden mit Fachpersonen ins Gespräch gebracht und gemeinsame Projekte werden durchgeführt. Das Kinderbüro übernimmt auch Interessensvertretungen, vernetzt, berät und unterstützt Behörden, Institutionen, Schulen sowie Fachstellen im Hinblick auf kinderfreundliche Planung und Gestaltung von Lebensräumen (<https://www.kinderbuero-basel.ch/#home>).
- *SpielRaum*: Der Verein SpielRaum erarbeitet und realisiert kindgerechte Spiel- und Freiräume in der Stadt Bern. In seiner Arbeit orientiert sich der Verein an der UN-Kinderrechtskonvention (<https://www.spielraum.ch/>).

Die Tabelle auf der nachfolgenden Seite gibt nochmals einen Überblick über die Partizipationsformate und ermöglicht zudem eine Einschätzung über die Mengenverteilung der Partizipationsprojekte in der Schweiz auf die Formate und darüber, welche Formate am häufigsten umgesetzt werden.

Form- mat- Kate- gorie	Format-Typ	Partizipationsstufe(n)	Grundform(en) der Par- tizipation	Phase(n) des Policy Circle	Alter Zielpub- likum	Partizipationsintensität		Anzahl analysierter Projekte				
						Projekt- laufzeit	Periodizität	CH			Aus- land	Inter- national
								Bund/ Natio- nal	Kantone	Gemein- den		
Institutionell-Gestaltend	Geschäftsab- kopplung	5 & 6. Stufe: Entschei- dungskompetenz teil- weise übertragen bzw. - macht übertragen	Klassische Formen der Repräsentation	Problemdefinition und Zielsetzung/Agenda Setting/Idee- und Vorschlagsentwick- lung/Beteiligung Entscheid/Beteiligung Umsetzung/Evaluation	12 Jahre und älter	Jährlich bis unbe- grenzt	Ab 5x jährlich	0	0	1	3	0
	Themenoffenes Mitwirkung-Gre- mium	(primär) 4 Stufe: Mitbe- stimmung zulassen	Offene Versammlungs- formen	Problemdefinition und Zielsetzung/Agenda Setting/Idee- und Vorschlagsentwick- lung/Beteiligung Entscheid/Beteiligung Umsetzung/Evaluation	8 Jahre und älter	Jährlich bis unbe- grenzt	3 monatlich bis jährlich	2	4	8	0	0
	Themenspezifi- sches Mitwir- kungs-Gremium	(primär) 4 Stufe: Mitbe- stimmung zulassen	Mitwirkungsrechte ohne Entscheidungsrechte	Agenda Setting/Idee- und Vorschlagsent- wicklung/Beteiligung Entscheid/Beteili- gung Umsetzung	6 Jahre und älter	Ab 18 Monaten	Ab 5 Treffen pro Jahr	2	0	0	1	1
Institutionell-Teilnehmend	Einsitz in Er- wachsenengre- mien	(primär) 4 Stufe: Mitbe- stimmung zulassen	Beteiligung an Erwach- seneninstitutionen	Problemdefinition und Zielsetzung/Agenda Setting/Idee- und Vorschlagsentwick- lung/Beteiligung Entscheid/Beteiligung Umsetzung/Evaluation	12 Jahre und älter		2x jährlich	0	1	0	0	0
	Themenspezifi- sche Anlassmo- mente	(primär) 3 Stufe: Lebens- weltexpertise einholen	Punktuelle Partizipation	Idee- und Vorschlagsentwicklung	6 Jahre und älter	Ab 1 Jahr	Ab 2 wö- chentlich	4	5	5	2	1
	Themenspezifi- sche Befragung	(primär) 2 Stufe: Mei- nung erfragen	Punktuelle Partizipation	Keine	9 Jahre und älter	Ab 1.5 Jahren		2	0	2	1	0
Selbstorganisiert	Selbstvertretung	6. Stufe: Entscheidungs- macht übertragen	Klassische Formen der Repräsentation	Problemdefinition und Zielsetzung/Agenda Setting/Idee- und Vorschlagsentwicklung	12 Jahre und älter		laufend	1	0	1	0	0
	Organisationale Stellvertretung	(primär) 4 Stufe: Mitbe- stimmung zulassen	Stellvertretende Form, aber auch Mitwirkungs- rechte ohne Entschei- dungsrechte	Unterschiedlich pro Projekt, primär Prob- lemdefinition und Zielsetzung/Agenda Set- ting/Idee- und Vorschlagsentwicklung	8 Jahre und älter			5	2	0	0	1

Abbildung 2: Systematische Überblick über die Partizipationsformate von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz (eig. Darstellung)

3.2 Übergeordnete Einschätzung zur Datengrundlage der Literaturrecherche

Die Literaturrecherche ergab eine Vielzahl an Projekten und Verfahren zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz. Dabei zeigt sich auch eine deutliche Heterogenität in Bezug auf die Dokumentation, Zugänglichkeit und Evaluation der einzelnen Partizipationsprozesse. Als zentrale Ergebnisse kann man festhalten:

Fragmentarisch öffentlich zugängliche Projekte

Der grösste Teil der recherchierten Projekte und Verfahren sind nur begrenzt dokumentiert. Während es zu einigen vereinzelt Berichte oder Studien gibt, fehlt häufig eine systematische Aufbereitung der Erfahrungen und Erkenntnisse. Im Umkehrschluss heisst dies, dass nur wenige Partizipationsformate detailliert beschrieben sind und ihre Dokumentationen öffentlich zugänglich ist. Hierzu gehören vor allem Programme von grösseren Organisationen, die sich gezielt mit Kinder- und Jugendpartizipation befassen. Diese Projekte verfügen häufig über Leitfäden, Evaluationsberichte und Umsetzungshilfen. Ein Beispiel hierfür ist der Zukunftsrat U24, der durch regelmässige Berichte und eine transparente Darstellung seiner Ergebnisse heraussticht. Auffällig ist, dass es insbesondere auf kommunaler Ebene viele Projekte zu geben scheint, so ein Ergebnis aus den Interviews, in der Recherche oder auf Nachfragen wurde jedoch deutlich, dass diese entweder wenig oder gar nicht dokumentiert sind, oder Dokumentationen nicht öffentlich zugänglich sind. Diese Formate scheinen häufig ergebnisoffen gestaltet zu sein und werden nicht immer langfristig begleitet bzw. evaluiert. Beispielsweise sind einige partizipative Massnahmen in kleineren Gemeinden nur durch mündliche Berichte erschliessbar, ohne dass eine öffentlich zugängliche schriftliche Dokumentation vorliegt.

Lücken in der Dokumentation der Projekte

Die Analyse zeigt, dass insbesondere folgende Aspekte unzureichend dokumentiert sind:

Langfristige Auswirkungen und Nachhaltigkeit: Viele Dokumentationen beziehen sich auf die Durchführung von Projekten, aber es gibt wenig systematische Informationen über die Verstetigung von partizipativen Verfahren. Eine der wenigen Ausnahmen bildet das Projekt «KinderMitWirkung», ein Kooperationsprojekt zwischen dem Kinderbüro Basel und dem Erziehungsdepartements des Kantons Basel-Stadt.

Diversitätsdimensionen: Während einige Projekte explizit die Partizipation spezifischer Zielgruppen (u. a. Kinder mit Behinderungen, sozial benachteiligte Jugendliche) adressieren, fehlen in vielen Dokumentationen genauere Angaben zur Berücksichtigung dieser Gruppen. So gibt es beispielsweise kaum Daten zur Inklusion von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Partizipationsformaten.

Sprachregionen: Die Analyse zeigt darüber hinaus Unterschiede in der Dokumentationsdichte zwischen den Sprachregionen der Schweiz: Während in der deutschsprachigen und französischen Schweiz eine breite Abdeckung an partizipativen Projekten mit unterschiedlichem Dokumentationsgrad existieren, gibt dies in der italienischsprachigen Schweiz nur wenige dokumentierte Beispiele. Dies deutet darauf hin, dass entweder wenige partizipative Projekte und Verfahren existieren oder diese nicht systematisch aufbereitet wurden. Ein Beispiel hierfür wäre das Forum Giovani Ticino, zu welchem kaum öffentlich zugängliche Berichte existieren.

Markante Unterschiede in der Evaluation der Projekte

Die untersuchten Projekte und Verfahren weisen grosse Unterschiede in Bezug auf ihre Evaluation auf. Während die einen begleitende wissenschaftliche Untersuchungen und umfassende Evaluationsberichte vorweisen, fehlt bei den anderen eine systematische Bewertung oder diese liegen einzig in Form von internen Berichten vor. In manchen Fällen basiert die Einschätzung der Wirkung auf informellen Rückmeldungen oder Einzelmeinungen von Beteiligten, ohne eine systematische Auswertung. Beispielsweise existieren für Jugendmitwirkung Thun überwiegend Erfahrungsberichte von Beteiligten, jedoch keine systematische Dokumentation.

Diese kurze Übersicht verdeutlicht, dass es trotz einer Vielzahl nur wenige differenziert dokumentierte und auch evaluierte partizipative Projekte und Verfahren mit Kindern und Jugendlichen in der Schweiz gibt. Dies gibt einen wichtigen Hinweis für das Konzept und den Leitfaden im Rahmen des Moduls III, der deshalb ein besonderes Augenmerk daraufsetzen sollte.

4. Erfahrungswerte, Gelingensbedingungen und Herausforderungen von Partizipationsprozessen mit Kindern und Jugendlichen

Im zweiten Teil werden zentrale Erkenntnisse aus den Schneeballgesprächen und den Interviews mit den Expertinnen und Experten präsentiert. Die qualitativen Erkenntnisse bieten Einblicke in die Erfahrungswerte von partizipativen Projekten mit Kindern und Jugendlichen und sollen Gelingensbedingungen und Herausforderungen identifizieren. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt gebündelt entlang von Themen und Fragestellungen, die sich in der Auswertung der Interviews als zentral erwiesen haben: Welche Ansprüche stellen die Befragten an die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen? Wie schätzen sie einzelne Verfahren und Ansätze ein im Hinblick auf ihre Umsetzbarkeit auf Bundesebene? Welche Erfolgsfaktoren und Stolpersteine benennen sie hierbei und welche Erfahrungswerte gibt es hinsichtlich des Einbezugs von schwer erreichbaren Gruppen? Die Darstellung erfolgt hier deskriptiv und gebündelt nach Themen, die von den Schlüsselpersonen als besonders relevant für ein Konzept der Kinder- und Jugendpartizipation auf Bundesebene erachtet werden.

4.1 Die identifizierten zentralen Themen zur Umsetzung von Partizipationsprozessen mit Kinder- und Jugendlichen in der Schweiz

Anspruch nach «echter» Kinder- und Jugendpartizipation

In mehreren Interviews haben sich Fachpersonen dazu geäussert, was ihrer Haltung und Erfahrung nach «echte» Partizipation ist und welche Grundprinzipien bei der Umsetzung zu beachten sind. Als zentral wurde genannt, dass der Einbezug von Kindern und Jugendlichen im Idealfall möglichst früh im Prozess stattfindet, damit sie auch bei der Konzeption von Projekten und Vorhaben involviert werden können. Auf diese Weise

können die beteiligten Akteurinnen und Akteure fortlaufend ihre Expertise einbringen und von Anfang an findet ein Dialog statt. Es soll verhindert werden, dass ein Projekt/ Konzept fast abgeschlossen ist und in den letzten Zügen den Kindern und Jugendlichen zur Konsultation vorgehalten wird, ohne dass ein ernsthaftes Interesse an einer tiefgreifenden Veränderung des Projektes/ Konzepts durch die Kinder und Jugendlichen besteht oder die zeitlichen Ressourcen für einen solchen Partizipationsprozess noch vorhanden sind. Diese Art von Vorgehen würde eine Scheinpartizipation darstellen. Es sei zu bedenken, dass für Partizipation viel Zeit eingeplant werden muss, wenn es sich dabei nicht um eine «Alibi-Übung» handeln soll. Sofern bewusst eine niedrige Partizipationsstufe (vgl. Straßburger & Rieger, 2014) – wie z.B. Informieren – gewählt wird, erweist es sich als essenziell, den Kindern und Jugendlichen transparent zu vermitteln, dass sie «nur» informiert werden sollen, um keine falschen Erwartungen zu wecken. Damit einher geht der Hinweis, wonach es in Partizipationsprozessen notwendig sei, die Grenzen der Partizipation klar zu kommunizieren. Eine Besonderheit von Partizipation bestehe darin, dass man nicht ein bestimmtes Vorgehen als Idealvariante eines partizipativen Prozesses vorgeben könne, sondern dass vielmehr im Einzelfall das geeignete Vorgehen ermittelt werden müsse.

Es stellt eine Herausforderung dar, Kinder und Jugendliche für die Beteiligung auf Bundesebene zu gewinnen

Die Fachpersonen haben in den Interviews auf potenzielle Schwierigkeiten bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen an Bundesgeschäften hingewiesen. Sie berichteten, dass es bereits bei behördlichen Prozessen auf Gemeindeebene herausfordernd sei, Kinder und Jugendliche für eine Beteiligung zu gewinnen. Auf Bundesebene, wo es sich um noch weiter von der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen entfernte Themen und komplexere Entscheidungsprozesse handle, könnte sich die Motivation für eine Mitarbeit als noch geringer erweisen. Kinder und Jugendliche seien dann zu einer Partizipation bereit, wenn sie einen direkten Bezug bzw. eine Relevanz zu ihrer Lebenswelt erkennen, was bei vielen behördlichen Geschäften (z. B. Rechtsetzungen, Verordnungen) auf Anhieb nicht ersichtlich sei. Bei Präventionskampagnen oder nationalen Aktionsplänen wurde der Einbezug von Kindern und Jugendlichen als besonders realistisch eingeschätzt. Zudem wurde auch eingewandt, dass die Attraktivität der Beteiligung auf Gemeindeebene möglicherweise auch dadurch gemindert werde, dass sich die gewählten Gefässe als ungeeignet erweisen, indem z. B. 1-2 Jugendliche in ein Gremium mit Erwachsenen eingeladen werden, um ihre Meinung einzubringen. Dieses Format erfordere von Jugendlichen ein hohes Mass an Mut und Gewandtheit, über das viele Jugendliche nicht verfügten, was dazu führe, dass sich hauptsächlich Jugendliche mit hohem sozioökonomischem Status und/oder grossem Selbstvertrauen an diesen Verfahren beteiligen. Dieser Aspekt könnte darauf hindeuten, dass Kinder und Jugendliche nicht grundsätzlich wenig Interesse an behördlichen Themen aufweisen, sondern vielmehr das bisherige Format des Einbezugs in den Gemeinden als hinderlich wahrgenommen wird. In anderen Gesprächen mit Fachpersonen wurde das Interesse von Kindern und Jugendlichen an behördlichen Prozessen denn auch als deutlich höher eingeschätzt. Sowohl im Kanton Wallis als auch im Zukunftsrat U24 zeigen sich die Kinder und Jugendlichen als sehr motiviert für partizipative behördliche Prozesse. In Bezug auf den Zukunftsrat U24 ist jedoch zu berücksichtigen, dass für die Beteiligung eine finanzielle Entschädigung ausgerichtet wurde, welche die Motivation beeinflussen könnte.

Als Bedingung für eine erfolgreiche Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf Bundesebene wird von einer Fachperson zudem ein Investment in die grundsätzliche Förderung von Partizipation genannt. Kinder und Jugendliche müssten demnach – z. B. in der Schule – früh erleben und erlernen, wie Partizipation stattfinden kann, damit sie sich die für die Partizipation notwendigen Kompetenzen (u.a. sich einbringen können gegenüber Erwachsenen) aneignen können. Dies sei eine zentrale Voraussetzung, damit Kinder und Jugendliche erfolgreich an Bundesgeschäften partizipieren können.

Es wird als zentral erachtet, grundsätzlich zu entscheiden, weshalb und in welchen Geschäften die Partizipation von Kindern und Jugendlichen angestrebt wird und in welchen Fällen sich dies als zielführend erweist. Es benötige das Bewusstsein, wonach Partizipation sehr aufwendig sei (z. B. Child Safe Guarding, u.a. Vorbereitung der durchführenden Erwachsenen) und dementsprechend gezielt ausgewählt werden müsse, bei welchen Projekten ein Einbezug von Kindern und Jugendlichen sinnvoll sei. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, zwei Gefässe zu etablieren: Einerseits werden die Kinder und Jugendlichen bei lebensweltnahen Themen direkt einbezogen, andererseits besteht für lebensweltfernere Themen ein Advisory Board aus Fachpersonen (z. B. Arbeitsgruppe «Politische Bildung» des Bundes), welches eine indirekte Interessensvertretung realisiert. Überdies wird empfohlen, beim Einbezug von Kindern und Jugendlichen auf bestehende Gefässe zurückzugreifen und keine Parallelstrukturen aufzubauen. Als nutzbare bestehende Gefässe werden Kinder- und Jugendparlamente sowie Schulen genannt. Ein weiteres bestehendes Gefäss, das sich für eine Synergie eignen könnte, ist die Kinderlobby Schweiz, die bereits heute Aktivitäten durchführt, die sich auf Bundesebene als partizipative Verfahren anbieten würden, z.B. die Erarbeitung von Stellungnahmen und Positionspapieren. Die Kinderlobby Schweiz argumentiert, dass ein Stellvertretungs-/ Delegationsprinzip, bei dem die Kinderlobbyistinnen und -lobbyisten die Interessen der Kinder und Jugendlichen aus der Schweiz vertreten, legitim sei. Als weitere Ideen zum Einbezug von Kindern und Jugendlichen werden Fragebögen, eine Webplattform, ein Cyberparlament sowie eine Reflexionsgruppe/ Beirat genannt. Im Rahmen des Youth Advisory Boards von Pro Juventute wurden positive Erfahrungen mit niederschweligen Kontaktmöglichkeiten, wie beispielsweise über WhatsApp, im Austausch mit den Jugendlichen gemacht. Überdies wird vorgeschlagen, eine stärkere Zusammenarbeit zwischen bereits bestehenden Formaten wie z. B. der Jugendsession und den Jugendparlamenten anzustreben und beispielsweise im Voraus der Jugendsession eine grosse Umfrage durchzuführen, bei der alle ihre Ideen einbringen können, welche daraufhin in kleineren Gruppen bearbeitet werden könnten.

Vertrauen und Einbezug in die Umsetzung von Ideen als Erfolgsfaktor

Die Fachpersonen haben verschiedene Faktoren genannt, die dazu beitragen, dass Projekte und Verfahren der Kinder- und Jugendpartizipation erfolgreich stattfinden können. Als Aspekt, der zu einer höheren Motivation zu Partizipation für Kinder und Jugendliche beitragen kann, zählt die Möglichkeit, nicht nur Meinungen, Ideen und Bedürfnisse einbringen zu können, sondern ergänzend auch in einem nächsten Schritt an der Umsetzung des Projekts mitarbeiten zu können. Dies wird im Kanton Wallis über die Jugendkommission gewährleistet, welche für Kinder- und Jugendpartizipationsprojekte Finanzierungen sprechen kann. Zentral zur Gewinnung von Kindern und Jugendlichen für partizipative Projekte ist zudem, dass ein regelmässiger Kontakt zu ihnen besteht und ein Vertrauensverhältnis vorhanden ist. Beispielsweise ist es bedeutsam, die Kinder und

Jugendlichen nach einem partizipativen Moment weiterhin auf dem Laufenden hinsichtlich des weiteren Fortgangs, den Fortschritten und Resultaten des Projekts zu halten und dafür zu sorgen, dass ihre Beiträge nicht «versanden». Zur Erreichung eines breiten Publikums erweist sich überdies Mehrsprachigkeit in Form von Übersetzungsmöglichkeiten als zentral.

Bei der Umsetzung von partizipativen Verfahren wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Themen vorgängig mit den Kindern und Jugendlichen vorbereitet werden sollen, bevor ein Zusammentreffen/ Diskussion mit Erwachsenen, wie z. B. Politikerinnen und Politiker stattfindet. Auf diese Weise wird dem oben schon genannten Umstand Rechnung getragen, dass es für Kinder und Jugendliche «Mut» benötigt, ihre Anliegen vor Erwachsenen vorzubringen. Zudem müsse von den Erwachsenen darauf geachtet werden, dass sie eine kinder- bzw. jugendgerechte Sprache verwenden und teilweise sei Übersetzungsarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren notwendig. Auch unter den teilnehmenden Kindern und Jugendlichen ist es relevant, dazu beizutragen, dass kein allzu grosses Wissensgefälle bezogen auf die zu verhandelnden Themen im Rahmen der Partizipation besteht. Der Bedarf für eine altersadäquate Sprache zieht sich dabei über den gesamten partizipativen Prozess (von der anfänglichen Information bis hin zur Ergebnisspiegelung). In Bezug auf das methodische Vorgehen wurden digitale Formate wie z. B. Umfragen und Webplattformen als vorteilhafte Formate für die Erreichung einer breiten Zielgruppe genannt sowie zur Ermöglichung einer anonymen Teilnahme. Bei Umfragen könnten sich auch Kinder und Jugendliche einbringen, denen dies auf anderen Kanälen schwerfällt (z. B. werden als Vertretungen in Schulparlamente häufig die beliebtesten Schülerinnen und Schüler gewählt und erhalten dadurch eine Stimme). Als Vorteil dieser Zugänge zählt auch die vereinfachte zeitliche Koordination der Zusammenarbeit z. B. über Videokonferenzen oder SharePoint oder unterhaltsame, kreative und am Spass orientierte Faktoren von Programmen wie Kahoot! oder Miro-Boards. Nebst den digitalen Formaten wurde z. B. das «World Café» als erfolgreiche Methode für den Arbeitsprozess in partizipativen Projekten genannt. Als methodisch interessant wurden auch physische sowie digitale Briefkästen genannt, bei denen von einem breiten Publikum Ideen, Meinungen und Bedürfnisse abgeholt werden können.

Eine repräsentative Gruppe von Kindern und Jugendliche sowie Motivation als Herausforderung

Als herausfordernder Faktor wurde in mehreren Interviews genannt, eine repräsentative und diverse Gruppe von Kindern und Jugendlichen für partizipative Projekte zu gewinnen. Es gibt bei vielen Partizipationsprojekten eine Tendenz der Überrepräsentation von Kindern und Jugendlichen mit höherem sozioökonomischem Status, ohne Migrationshintergrund und ohne Behinderung. Um eine grössere Bandbreite von Kindern und Jugendlichen zu erreichen, werden spezifische Auswahlverfahren angewandt, indem beispielsweise die Sitze im Jugendparlament des Kantons Wallis den verschiedenen Schultypen anteilmässig zugeteilt werden und die Repräsentativität im kantonalen Gesetz als Bedingung festgehalten ist, bei der Auswahl der Teilnehmenden auf den Bildungshintergrund geachtet wird oder die Ratsmitglieder per Losverfahren gezogen werden.

Der bereits in vorherigen Kapiteln zum Ausdruck gebrachte hohe zeitliche Aufwand für partizipative Prozesse wird von vielen Interviewpartnerinnen und -partnern als Herausforderung hervorgehoben. Er zeigt sich beispielsweise bei der Bekanntmachung der Partizipationsmöglichkeiten bei Kindern und Jugendlichen, der

Rekrutierung und Einarbeitung von neuen Teilnehmenden sowie der kontinuierlichen Begleitung und Unterstützung der Kinder und Jugendlichen oder der Terminkoordination von Teilnehmenden aus unterschiedlichen Schultypen wie z. B. Berufsschulen. Auch die Vorbereitung und Schulung von an Partizipationsprozessen beteiligten Erwachsenen sowie die Aufklärung von behördlichen Mitarbeitenden über die Möglichkeiten partizipativer Verfahren bedürfen zeitlicher Ressourcen.

Als weitere Herausforderung wird genannt, die Kinder und Jugendlichen über die Möglichkeiten und Grenzen von partizipativen Verfahren aufzuklären und ihre Motivation trotz der Realität der teilweise langwierigen behördlichen Prozesse aufrechtzuerhalten. Auch die behördlichen Themen und Prozesse verständlich zu vermitteln, kann mit Schwierigkeiten verbunden sein. Je nach partizipativem Verfahren benötigen die Teilnehmenden eine hohe Selbständigkeit, die auch überfordernd sein kann, und es handelt sich oftmals um ein aufwendiges und ehrenamtliches Engagement, welches auch unattraktive Tätigkeiten beinhaltet, wie z. B. die Betreuung eines E-Mail-Accounts. Kinder und Jugendliche für ein langfristiges Engagement zu gewinnen – was sich für die inhaltliche Arbeit oftmals als wertvoll zeigt – wird als herausfordernd wahrgenommen. Eine weitere Herausforderung stellen die unterschiedlichen Wissensstände der Kinder und Jugendlichen dar und die Flexibilität, die aufgebracht werden muss, um die unterschiedlichen Teilnehmenden in Bezug auf Unterstützung und Anleitung abzuholen.

Zu gewissen Partizipationsformaten wird eingewandt, dass sie nur eine spezifische Gruppe von Kindern und Jugendlichen adressierten: die «Partizipationselite». Als Beispiele werden Jugendparlamente oder die Kinderlobby Schweiz genannt, bei denen sich hauptsächlich die sehr engagierten und mit vielen Partizipationskompetenzen ausgestatteten Jugendlichen engagieren würden.

Es wird vereinzelt auch Kritik an spezifischen Partizipationsformaten geäussert: Der Zukunftsrat U24 habe bei der Auswahl der zu bearbeitenden Themen Kinder und Jugendliche nur über einen Open Call einbezogen, zudem sei der Auswahlprozess dieser Themen anschliessend für die Kinder und Jugendlichen wenig beeinflussbar gewesen und Kinder und Jugendliche bei der Moderation der Workshops nicht involviert worden. Am Format der Jugendsession hingegen wird kritisiert, dass die Teilnehmenden sich dabei stark mit ihren Ideen einbringen, daraufhin jedoch zu wenig über die Resultate des Partizipationsprozesses informiert werden, wobei es bedeutsam wäre, den Teilnehmenden in Form dieser Auskünfte etwas zurückzugeben.

Barrieren von Zugängen zu Partizipationsformaten für «schwer erreichbare» Gruppen

Aus der Forschung ist bekannt, dass sich bei Partizipationsprojekten die Erreichung vulnerabler Gruppen als herausfordernd erweist (vgl. Spannring, 2008; Wigger u.a., 2019). Aus diesem Grund wurden die Fachpersonen in den Interviews nach ihren diesbezüglichen Erfahrungen gefragt. Interessanterweise sprach keine unserer Schlüsselpersonen von «vulnerablen» Gruppen, sondern es wurden eher die Barrieren bestimmter Ansätze betont. Interessant ist dabei für den jetzigen Auftragskontext die Frage, welche Gruppen von Kindern und Jugendlichen als schwer erreichbar eingeschätzt werden und mit welchen Formaten dies unter welchen Bedingungen dennoch gelingen kann. Dass sich die Erreichung gewisser Gruppen als komplex darstellt, hat sich in den Gesprächen bestätigt. Es wird betont, dass die Erreichung einer diversen Teilnehmendengruppe ressourcenintensiv ist. Wie bereits in vorherigen Unterkapiteln erwähnt, ist zum einen eine ausgewogene

Vertretung der Teilnehmenden in Bezug auf den sozioökonomischen Status herausfordernd. Weitere Merkmale, welche für eine ausgewogene Repräsentation von den Fachpersonen im Blick behalten werden, sind das Geschlecht, Behinderung, Migrationshintergrund, Regionalität und Alter. In Bezug auf das Geschlecht berichtet SAJV beispielsweise, dass in ihren Leitlinien festgelegt ist, dass 50% der Teilnehmenden an der Delegiertenversammlung weiblich sein müssen. Eine genannte Strategie zur Förderung von Mädchen besteht darin, darauf zu achten, dass auch sie bei der Vorstellung von Forderungen zum Zug kommen. Bei der Miteinbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung besteht Verbesserungspotenzial. Bei der Jugendsession haben in der Vergangenheit bereits mehrmals Jugendliche mit einer mobilen Behinderung oder Gehörlose teilgenommen. Die Schwierigkeit besteht dabei darin, dass der Miteinbezug jener Teilnehmenden hohe finanzielle Ressourcen benötigt, welche nicht jedes Jahr gefunden werden. Hinsichtlich der ausgewogenen Verteilung der Kinder und Jugendlichen nach regionaler Herkunft werden in gewissen Verfahren Quoten angewandt. Es wird zudem berichtet, dass beispielsweise bei der Kinderlobby Schweiz, deren zentralen Aktivitäten sich oft im Bundeshaus in Bern abspielen, eine Übervertretung von Teilnehmenden aus dieser Region vorhanden ist, da die Teilnahme für diese Kinder und Jugendlichen leichter organisiert werden kann. Diese Thematik zeigt sich umso stärker, je jünger die Teilnehmenden sind. In der Kinderlobby engagieren sich hauptsächlich Kinder ab 12 Jahren, u. a., weil sich die Anfahrt nach Bern für Jüngere als komplexer erweist. Dass während den partizipativen Prozessen auch darauf geachtet werden muss, dass sich alle Altersgruppen abgeholt fühlen, wird überdies hervorgehoben. Gute Erfahrungen werden damit gemacht, dass die Teilnehmenden nach Altersgruppen getrennt Vorarbeiten betreiben und sich daraufhin im Plenum für die Weiterarbeit treffen, da sich Jüngere auf diese Weise vermehrt trauen, ihre Meinung einzubringen. Zur Erreichung von Kindern und Jugendlichen aus politikfernen Familien setzt der Dachverband für Jugendparlamente z. B. auf den Zugang über Schulen. Zudem werden die Teilnehmenden für die Beteiligung gewonnen, indem deutlich gemacht wird, dass auch Ideen eingebracht werden können, ohne dass viel Vorwissen vorhanden ist. Insgesamt wird berichtet, dass sich die Zusammenarbeit in partizipativen Projekten mit divers zusammengesetzten Gruppen gut gestalten lasse.

4.2 Einordnung der Interviewaussagen vor dem Spiegel des aktuellen Fachdiskurses zu Kinder- und Jugendpartizipation

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Interviews gespiegelt entlang verschiedener Kategorien des Gelingens und der Herausforderungen von Kinder- und Jugendpartizipation, die derzeit im fachlichen Diskurs als zentral benannt und diskutiert werden. Damit wird es möglich, die Interviewaussagen einzuordnen mit Blick auf ihre Relevanz für die Umsetzung von Kinder- und Jugendpartizipation und Hinweise auf zentrale Aspekte der Umsetzung zu erhalten.

Ziele und Zwecke des Einbezugs von Kindern und Jugendlichen

Grundlegend für die Unterscheidung von Verfahrens- und Projekttypen zum Einbezug von Kindern und Jugendlichen sind die Ziele und Zwecke, die mit diesen Ansätzen verfolgt werden. Hierzu gibt es – neben der

rechtswissenschaftlichen Auseinandersetzung – eine lange Traditionsdebatte in den unterschiedlichsten Sozialwissenschaften, von der Verwaltungs- und Politikwissenschaft über die Wissenschaft der Sozialen Arbeit bis hin zur Kinder- und Jugendforschung (Überblick bei Schnurr, 2018). Am einflussreichsten in diesen vielfältigen Diskursen sind theoretische Modelle, die Formen der Partizipation in hierarchischen Stufen beschreiben. Sie unterscheiden zumeist grundsätzlich zwischen Vorstufen der Partizipation, die auch als «Schein»-, «Pseudo»- oder «Nicht-Partizipation» etikettiert werden (Gamsjäger & Wetzelhütter, 2020; Zimmermann & Schmuziger, 2021; Hongler, 2023; Müller-Suleymanova u.a., 2023). Dazu zählen die meisten Autorinnen und Autoren Formen des Gehörtwerdens, ohne dass eine tatsächliche Einflussnahme der Gehörten eingeplant ist (Lundy, 2007). Hart (1992) zählt dazu Formen, in denen Kinder und Jugendliche manipuliert werden, in denen sie lediglich als «Dekoration» fungieren oder in denen ihnen Einflussnahme versprochen wird, diese aber nicht wirklich gewollt ist («Tokenism», Hart, 1992, S. 9). In diesen Ansätzen wird von Partizipation gesprochen, wenn Möglichkeiten zur «echten» Mitsprache, Mitwirkung und Mitentscheidung von Kindern und Jugendlichen gegeben sind (vgl. EKKJ, 2023, S. 6). Die meisten dieser Modelle sind von den Kindern und Jugendlichen und den Arten ihrer Partizipation und Mitwirkung her formuliert.

Ein Modell, das beide Seiten, d.h. sowohl die Sicht der zu Beteiligten als auch die Sicht der für die Beteiligung zuständigen Politik oder Verwaltung berücksichtigt, ist das Modell der Partizipationspyramide von Straßburger und Rieger (2019), das in Kapitel 2 eingeführt worden ist. Ergänzend wurde auf ein Phasenmodell politischer Prozesse zurückgegriffen (s.o.). Dies erscheint wichtig, um besser zu verstehen, an welchem Punkt im politisch-administrativen Prozess welche Formate von Kinder- und Jugendpartizipation ansetzen und welche Funktion sie dann haben können. Aus den Interviews ergibt sich auch die Frage nach der rechtlichen Grundlage: in manchen gesellschaftlichen Bereichen sind die Zwecke klar festgelegt und rechtlich als Recht auf Anhörung und Mitwirkung im Sinne des Artikels 12 der UN-KRK verbürgt, etwa bei der Anhörung von Kindern und Jugendlichen bei familienrechtlichen Fragen. Weniger genau bestimmt sind die rechtlichen Verpflichtungen von Politik und Verwaltung im Bereich kollektiver Vertretung im Sinne politischer Partizipation, etwa bei Planungs- und legislativen Prozessen (Übersicht bei Gerodetti u.a., 2024).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Bestimmung der Ziele und Zwecke von Kinder- und Jugendpartizipation grundlegend für die Auswahl der jeweils geeigneten Verfahren ist. Neben der Prüfung der rechtlichen Verbindlichkeit des Einbezugs von Kindern und Jugendlichen, die sich beispielsweise aus der Bundesverfassung, der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention und anderen gesetzlichen Vorgaben ergeben, ist dies bereits bei der Planung und Konzeption entsprechender Projekte zu berücksichtigen.

Beispiel: Sunderland City Council: Planungsstandard «Voice-Platform-Action»

Beispielhaft umgesetzt ist dieser Planungsansatz in der kinder- und jugendpolitischen Strategie des Sunderland City Councils im Nordosten Englands. Darin ist als Standard für alle städtisch geförderten Partizipationsverfahren ein Modell namens «Voice-Platform-Action» verankert, der vorschreibt, bei allen Planungen nicht nur die rechtlich verankerte «Voice» von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen (Sunderland's Children Trust, 2013, S. 14-15). Sondern bei der Planung der entsprechenden Verfahren und Methoden (der «platform») den Aspekt der «Action» von Anfang an mitzubedenken. Das heisst, dass die Eignung von

Verfahren und Methoden nicht nur von den möglichen Rollen der Kinder und Jugendlichen abhängig gemacht wird, sondern auch von den möglichen Folgen in Form von Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten, konkreten Follow-Ups und politisch-administrativen Kanälen, in denen die Ergebnisse der Partizipation weiterverfolgt werden (ausführlich Pohl, 2009b).

Niederschwelligkeit: sachlich-inhaltlich, sozial, räumlich und zeitlich

Unterschiedliche Angebote der Partizipation von Kindern und Jugendlichen können danach systematisiert werden, welche Gruppen von Jugendlichen sie besonders ansprechen – und welche möglichen Zugangsbarrieren ihnen immanent sind. Zum analytischen Aufschliessen dieser Barrieren greifen wir zurück auf das Konzept der Niederschwelligkeit, welches sich an jenes von Mayrhofer (2012) anlehnt und vier Aspekte unterscheidet: soziale, räumliche, inhaltlich-sachliche und zeitliche. Dabei ist zu beachten, dass die Bewertung der Zugangsbarrieren niemals für alle Kinder und Jugendlichen allgemein getroffen werden kann. So kann eine möglichst niedrige soziale Zugangsbarriere für die einen ein Ausschlusskriterium für andere Gruppen von Kindern und Jugendlichen sein. Diese «Relationalität» von Niederschwelligkeit gilt zum Beispiel für digitale Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung. So werden zwar die räumlichen und meist auch die zeitlichen Zugangsschwellen durch digitale Verfahren gesenkt. Nicht zuletzt die Erfahrungen in der Pandemiezeit haben aber deutlich gemacht, dass dadurch andere Barrieren, wie etwa der sozial äusserst ungleich verteilte Zugang zu digitalen Geräten, erhöht werden (vgl. Andresen u.a., 2020).

Beispiel: e-Partizipation auf Gemeindeebene

Besondere Partizipationsformate wurden in den letzten Jahren durch digitale Hilfsmittel erreicht. Auf kommunaler Ebene hat sich die Gemeinde Grabs mit dem Konzept für e-Partizipation eine solche Möglichkeit gegeben (die jedoch leider nicht langfristig umgesetzt werden konnte), auf regionaler Ebene gibt es im Berner Jura das Cyberparlament, welches Jugendlichen im Alter von 14-22 Jahren eine digitale Diskussions- und Kollaborationsplattform bietet. Zu berücksichtigen ist bei diesen Formaten, dass einerseits insbesondere die örtliche und zeitliche Niederschwelligkeit hergestellt werden kann. Andererseits ergeben sich Herausforderungen in Bereichen der sachlich-inhaltlichen und sozialen Niederschwelligkeit, die Medienkompetenzen der Jugendlichen wie auch der Zugang zu Geräten und Internet sind für eine gelingende digitale Partizipation Voraussetzungen (vgl. Andresen u.a., 2020). Sprachkompetenzen und die inhaltliche Anschlussfähigkeit an die diskutierten Themen müssen entsprechend hergestellt, beobachtet und begleitet werden.

Prinzipien der Niederschwelligkeit wurden auch in einem von der SODK finanzierten Forschungsprojekt der ZHAW für den Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation herausgearbeitet (Müller-Suleymanova u.a., 2023). Der Fokus der Studie lag auf konkreten Empfehlungen für die kantonale Ebene, die zwar in einigen Fällen nicht direkt auf die Bundesebene übertragbar sind, aber vielfältige Anknüpfungspunkte zu den oben genannten Aspekten der Niederschwelligkeit aufweisen. So ist ein zentrales Ergebnis der genannten Studie die Empfehlung, dass der Zugang für Kinder und Jugendliche umso niederschwelliger ist, je stärker

Partizipationsangebote regional und lokal verankert sind (ebda., S. 31). Zentral für diese Empfehlung ist die Erkenntnis, dass der inhaltliche Zugang für Kinder und Jugendliche sehr stark mit der lebensweltlichen Anschlussfähigkeit der verhandelten Themen zusammenhängt. Mit anderen Worten: Je abstrakter und weiter entfernt von der alltäglichen Erfahrungswelt der Kinder und Jugendlichen die zu verhandelnden Themen sind, desto höher ist die inhaltliche Zugangsschwelle (ebda., S. 31). Ausserdem berührt den sachlich-inhaltlichen Aspekt die Erkenntnis, dass sprachlich eng an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen ausgerichtete Vorhaben eine niedrigere Zugangsschwelle haben (ebda., S. 32). Zentral für die inhaltlich-sachliche Ebene von Niederschwelligkeit ist die Empfehlung des Berichts «keine Partizipation ohne Outcome» (ebda., S. 33). Damit ist gemeint, dass die Umsetzung allfälliger Ergebnisse von Partizipationsprojekten von Anfang an mitgeplant und auch budgetiert werden muss (vgl. auch Pohl, 2009a). Dieser Aspekt berührt auch die zentrale Steuerungsgrösse von Partizipationsverfahren hinsichtlich der inhaltlich-sachlichen Aspekte: Je höher die je subjektiven Selbstwirksamkeitserwartungen der Kinder und Jugendlichen sind, die sie mit ihrer Beteiligung verknüpfen, desto grösser sind die Chancen, sie auch für ihre Teilnahme zu motivieren (Ray & Pohl, 2006; Walther u.a., 2006). Dies erfordert vor allem eine transparente Kommunikation über die Aufwände und die möglichen Outcomes von Verfahren (vgl. Müller-Suleymanova u.a., 2023, S. 33). Hier ist der Zusammenhang zum zeitlichen Aspekt von Niederschwelligkeit evident: Wenn Kindern und Jugendlichen der zeitliche Aufwand ihrer Beteiligung in einem guten Verhältnis zum möglichen Nutzen erscheint und sie die Zeiträume bis dahin überblicken können, gelingt es, ihre Bereitschaft für ein entsprechendes Engagement zu erhöhen. Chiapparini et al. (2020, S. 21-22) weisen darauf hin, dass insbesondere von Armut betroffene Menschen aufgrund ihrer Armutslage häufig über weniger zeitliche Ressourcen verfügen als nicht von Armut betroffene Menschen. Die Übertragbarkeit dieses Befundes auf Kinder und Jugendliche aus armutsbetroffenen Haushalten ist Bestandteil des wissenschaftlichen Common Sense.

Zeitlichkeit von Verfahren: auf Dauer gestellte Ansätze versus Projekthaftigkeit

Eng mit der Dimension Niederschwelligkeit in ihren zeitlichen Aspekten hängt die zeitliche Struktur der Partizipationsverfahren zusammen. Diesbezüglich ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen auf Dauer gestellte Programme und Verfahren, in denen Kinder und Jugendliche dauerhaft eingebunden sind, und zeitlich befristeten, meist projektförmig organisierten Formen der Partizipation.

Wie im Abschnitt zu den Aspekten der Niederschwelligkeit beschrieben, kann die zeitliche Perspektive von Partizipationsverfahren eine Zugangshürde für Kinder und Jugendliche darstellen. Raumplanungsverfahren etwa sind auf mehrere Jahre angelegt und bieten mehrere Zeitpunkte, zu denen ein Einbezug zukünftiger Nutzenden wertvoll sein kann. Gleichzeitig stellen Zeiträume von mehreren Jahren, bis entsprechende Ergebnisse von Planung sichtbar und erfahrbar werden, eine sachlich-inhaltliche Zugangsbarriere dar, da es für Kinder und Jugendliche wenig greifbar ist, wie sich ihre Mitwirkung niederschlägt (Kemper & Herzog, 2015). Ein wichtiger Aspekt, der bereits im Abschnitt Niederschwelligkeit erläutert wurde, ist die zentrale Bedeutung von Transparenz über die Prozesse, an denen sich Kinder und Jugendliche beteiligen sollen. Eine Interviewpartnerin schlägt vor, Kindern und Jugendlichen, die Interesse an einer Form von Beteiligung haben, einen «Reality check» anzubieten, in dem sie darüber informiert werden, wie die Prozesse ablaufen und welche

Ergebnisse wann zu erwarten sind. Damit wird verhindert, falsche Erwartungen bei den zu Beteiligten zu wecken, z.B. indem Verantwortliche deutlich machen: «auch wenn ich mich für etwas stark einsetze, heisst das nicht, dass rasch und für mich positiv entschieden werden wird» (Interviewzitat).

Ressourcenbedarf: Zeit, Finanzen und Kompetenzen

Verfahren der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfordern ganz unterschiedliche Ressourcen auf Seiten der Auftraggebenden. An dieser Stelle lassen sich zunächst zeitliche Ressourcen nennen. Ähnlich wie im vorherigen Abschnitt beschrieben, haben diese einen erheblichen Einfluss auf die Passgenauigkeit der Verfahren. Je nach Verfahren oder Geschäft, an dem Kinder und Jugendliche beteiligt werden sollen, stehen unterschiedliche zeitliche Ressourcen zur Verfügung. So haben beispielsweise Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben einen ganz anderen zeitlichen Horizont als Planungsverfahren. Die notwendigen zeitlichen Ressourcen auf Seiten der auftraggebenden Stellen sind auch daran zu bemessen, wie viel Vorlauf zur Klärung und Vorbereitung von Kinder- und Jugendpartizipationsverfahren notwendig ist. Dazu gehört auch die genaue Bestimmung der «Spielräume», in denen sich die Partizipationsansätze bewegen: Welchen möglichen Einfluss hat das Verfahren auf Gesetzgebung o.ä.? Müssen grundlegende Dokumente in eine jugendgerechte Sprache übersetzt werden, bevor der Auftrag formuliert werden kann?

Grosse Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Partizipationsansätzen ergeben sich auch im Hinblick auf die finanziellen Aufwände. Diese sind allerdings in den wenigsten Fällen öffentlich dokumentiert. Schliesslich stellen die unterschiedlichen Partizipationsansätze auch noch unterschiedliche Anforderungen an die Kompetenzen, die auf Seiten der Auftraggebenden vorhanden sein müssen, um Verfahren der Kinder- und Jugendpartizipation erfolgreich in Geschäfte des Bundes integrieren zu können.

Förderliche Strukturen

Diese Kategorie war nicht Teil der Suchstrategie bei der Recherche. Sie wird dennoch hier aufgenommen, weil sie sich als in nahezu allen Interviews als zentral erwiesen hat, obwohl nicht explizit danach gefragt worden war. Zum einen betrifft diese Kategorie die Unterscheidung zwischen direkter und indirekter Repräsentanz von Kindern und Jugendlichen in Belangen, die sie betreffen. Dabei geht es darum, dass in den Interviews häufig auf die indirekte Vertretung jugendlicher Interessen durch Kinder- und Jugendverbände hingewiesen worden ist.

Die zweite Dimension dieser Kategorie ist die Rolle von Servicestellen und anderen Strukturen, die zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf nationaler Ebene beitragen, indem sie lokale und regionale Akteure mit der Bundesebene vernetzen, die Kooperation zwischen den Ebenen fördern und damit einen erheblichen Anteil an der Stärkung partizipativer Strukturen haben können, die über die Projektförmigkeit von Partizipationsverfahren hinaus wirksam werden (siehe zeitliche und räumliche Dimension von Niederschwelligkeit oben, vgl. Chiapparini u.a., 2020 für den Bereich der Beteiligung von armutsbetroffene Menschen; für den Bereich Kinder- und Jugendpartizipation: EKKJ, 2023; Müller-Suleymanova u.a., 2023; Gerodetti u.a., 2024). Der befragte schwedische Experte wies zudem auf die Bedeutung der Förderung teilautonom oder

selbstbestimmter jugendkultureller Räume hin, die besonders geeignet sind, «strukturferne» Jugendliche in Partizipationsprozesse einzubeziehen (Bečević & Andersson, 2022).

Vulnerabilität: Welche Dimensionen von Ungleichheit unter Kindern und Jugendlichen spielen eine Rolle?

Im (fach)wissenschaftlichen Kontext existiert derzeit keine einheitliche bzw. spezifische Definition von vulnerablen Kindern und Jugendlichen. Es handelt sich bei Vulnerabilität um einen komplexen Begriff, welcher je nach wissenschaftlicher Fachrichtung unterschiedlich verstanden wird (vgl. Schweizerisches Komitee für UNICEF, 2010). Die wortwörtliche Übersetzung lautet Verwundbarkeit bzw. Verletzlichkeit und verweist auf eine potenzielle Gefährdung, die aufgrund eines spezifischen Lebensumstands von Kindern und Jugendlichen zustande kommt (ebd.). In Diskursen der Kindheits- und Jugendforschung werden auf dieser Basis zwei Verwendungsweisen von Vulnerabilität vorgeschlagen: Zum einen wird die Lebensphase der Kindheit und Jugend und damit alle Kinder und Jugendlichen generell als vulnerabel bezeichnet, da sie auf Zugewandtheit, Pflege, Responsivität und Schutz angewiesen sind (Andresen u.a., 2015). Zum anderen kann sich Vulnerabilität auch auf eine spezifische «gegenwärtige Lebenssituation» (Pohl & Pomey, 2023) wie «prekäre Lebenslagen, asymmetrische Abhängigkeitsverhältnisse und dadurch entstehende Verletzlichkeiten» (ebd.) beziehen. Folgende Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen werden gegenwärtig in den fachlichen Diskursen in der Schweiz als besonders vulnerabel bezeichnet: Armut bzw. niedrigerer sozioökonomischer Status, Migrationshintergrund (insbesondere mit Fluchterfahrung), Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit, Behinderung, Wohnungslosigkeit oder ungenügende Wohnraumversorgung, Geschlecht, sexuelle Identität sowie Gewaltbetroffenheit (z. B. vgl. Schweizerisches Komitee für UNICEF, 2010). In diesem zweiten Verständnis ist die Vulnerabilität nicht gleich verteilt, es gibt Kinder und Jugendliche, die stärker davon betroffen sind als andere. Es sind gerade diese Gruppen von Kindern und Jugendlichen, deren Zugang zu Teilhabe und Partizipation gefährdet ist und deren Wohlbefinden daher als besonders eingeschränkt gilt (Pohl & Pomey, 2023).

Vor diesem Hintergrund lassen sich zwei Zugangsmöglichkeiten von vulnerablen Kindern und Jugendlichen zu Partizipationsverfahren unterscheiden: Zum einen können Verfahren auf eine der oben erwähnten vulnerablen Lebenssituationen fokussieren und den Zugang zu einer entsprechenden Gruppe von Kindern bzw. Jugendlichen über eine NGO wählen, die sich für die Perspektive dieser spezifischen Gruppe einsetzt (u.a. Save the Children für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung). Dieses Vorgehen ist geeignet, vertieftes Wissen zu einer spezifischen vulnerablen Lebenssituation aus der Perspektive der Betroffenen zu erhalten.

Beispiel: Speak out und Speak out Sans Papiers, SAJV

Unbegleitete minderjährige Geflüchtete sind eine schwer mit herkömmlichen und formalisierten Verfahren der Beteiligung zu erreichende Gruppe. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände hat deshalb zwei Projektansätze entwickelt, die unterschiedliche Ziele aussichtsreich kombinieren. Zum einen die Schaffung öffentlicher Aufmerksamkeit für die besondere Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen, die ohne Begleitung eines rechtlichen Vertreters oder Vertreterin in die Schweiz kommen. Zum anderen die

Stärkung der Stimme dieser Kinder und Jugendlichen durch die Erweiterung ihres Wissens um die Bedingungen ihres Aufenthalts, ihres Wissens zur Funktion des Schweizer Behördensystems und ihrer Rechte u.a. auf Partizipation durch gezielte Workshops, die auch die Vernetzung untereinander fördern sollen.

Eine zweite Möglichkeit stellt der Zugang zu Gruppen von Kindern und Jugendlichen dar, die sich so zusammensetzen, dass es zu einer Kombination verschiedener Vulnerabilitäten kommt. Als Ausgangspunkt eignet sich die Anlehnung an die «Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik» des Bundes (vgl. Bundesamt für Sozialversicherungen, 2008): Demnach sollen vor allem Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Milieus oder mit ausländischer Herkunft an Partizipationsprozessen beteiligt werden. D.h. der Fokus solcher Verfahren liegt auf Kindern und Jugendlichen, die in einem niedrigeren soziökonomischen Status leben und/oder einen Migrationshintergrund haben. Bei diesem Zugang ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass es zu einer Korrelation insbesondere mit Armut, Wohnungslosigkeit oder ungenügender Wohnraumversorgung, Geschlecht sowie Gewaltbetroffenheit kommt. So wird es möglich, Vulnerabilität im Sinne einer intersektionalen Aufschichtung und Überkreuzung zu verstehen. In diesem zweiten Fall werden häufig Zugänge über eine Schule, Kinder- und Jugendtreffs oder Quartiers-/Gemeinschaftszentren gewählt, welche in einem sog. sozial benachteiligten Quartier oder einer sog. Benachteiligten Wohnsiedlung liegen, da hier insbesondere Kinder und Jugendliche mit einem niedrigeren soziökonomischen Status leben und/oder einen Migrationshintergrund haben. Die zweite Herangehensweise hat den Vorteil, damit eine grössere Vielzahl und damit Kombination verschiedener Vulnerabilitäten in den Blick zu bekommen. Mit diesem Zugang wird zudem vermieden, spezifische Gruppen von Kindern und Jugendlichen als «Vulnerable» zu adressieren und damit Stigmatisierungsprozesse zu reproduzieren.

5. Fazit und nächste Schritte

Zentrale Ergebnisse

Ziel dieses Berichts war es, eine Bestandesaufnahme vorzunehmen a) zur vorhandenen Landschaft an bereits umgesetzten Partizipationsformaten von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz sowie b) zu Umsetzungserfahrungen hinsichtlich Gelingensbedingungen und Herausforderungen zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen.

Dabei konnten auf der Basis einer kriteriengeleiteten Literaturrecherche die wichtigsten derzeit in der Schweiz umgesetzten Partizipationsformate von Kindern und Jugendlichen identifiziert werden. Diese verdeutlichen, dass auf der Ebene der institutionellen Partizipationsformate Kinder und Jugendliche mehrheitlich in sogenannten Mitwirkungsgremien als aktive (Mit-)Gestalter von Partizipation adressiert und einbezogen werden. Diese Gremien werden im Rahmen der Geschäfte und Aufgaben von Institutionen und Behörden als sog. Kommissionen und Räte installiert, tagen regelmässig und behandeln entweder offene Themen, die von den Kindern und Jugendlichen selbst eingebracht werden, oder spezifische Themen, die dann von Seitens der Geschäfte aus den (erwachsenen) Institutionen oder Behörden eingebracht werden und zu denen Kinder und

Jugendliche Rückmeldungen geben können. Auf der Ebene der institutionellen Partizipationsformate gibt es aber auch einen grossen Anteil von Projekten und Vorhaben, die Kinder und Jugendliche vornehmlich als Teilnehmende adressiert. Charakteristisch für diese Formate ist, dass hier (regel- oder unregelmässig stattfindende) Partizipationsanlässe organisiert werden, zu denen Kinder und Jugendliche eingeladen werden, zu bestimmten vorgegebenen Themen ihre Ideen und Rückmeldungen einzubringen. Diese Anlässe finden in der Regel einmalig statt bzw. in regelmässigen Abständen immer dann, wenn es für die Geschäfte in Institutionen und Behörden sinnvoll und notwendig ist. Allen institutionellen Partizipationsformaten gleich ist, dass die Formate immer durch Erwachsene begleitet werden (von der Organisation von Gremien oder Anlässen bis hin zum beratenden Einsitz in Sitzungen). Zudem wird mit Blick auf die Phasen der (politischen und projektbezogenen) Prozesse ersichtlich, dass in Rahmen von institutionellen Partizipationsformaten, Kinder und Jugendliche primär in die Idee- und Vorschlagsentwicklung für Massnahmen zur Lösung von Problemen involviert werden. Sie sind mit wenigen Ausnahmen in der Regel weder an der Problemdefinition und Zielbestimmung, an dem Agenda-Setting als auch am Entscheid oder der Umsetzung von Massnahmen beteiligt. Die Evaluation, so hat die Literaturrecherche ergeben, ist generell eine Lücke in der Dokumentation von Partizipationsprojekten und -verfahren: Man erfährt nicht, ob diese generell nicht durchgeführt wurden oder ob sie nicht veröffentlicht sind. Neben den institutionellen Partizipationsformaten konnten auch solche der selbstorganisierten Formate identifiziert werden. Merkmal ist hier, dass diese entweder in Form einer Selbstvertretung von Kindern und Jugendlichen selbst oder in Form einer Stellvertretung durch (erwachsene) Institutionen organisiert werden. Sie sind nicht dezidiert an Geschäfte in Behörden angegliedert, sondern dienen dem Zweck, die Themen und Anliegen von Kindern und Jugendlichen gegenüber u.a. Behörden sichtbar zu machen und ihnen damit Gehör für ihre Anliegen zu (ver)schaffen. Auch hier finden sich die unterschiedlichen Formate, die entweder in Form von Partizipationsanlässen oder als ständiges Gremium versuchen, die Anliegen der Kinder und Jugendlichen aufzunehmen. Bezogen auf die Phasen der (politischen und projektbezogenen) Prozesse konzentriert sich hier der Fokus auf die Problemdefinition und Zielbestimmung, dem Agenda-Setting sowie die Idee- und Vorschlagsentwicklung für Massnahmen zur Lösung von Problemen.

Im zweiten Teil der Bestandesaufnahme wurde dann nach den zentralen Gelingensbedingungen und Herausforderungen gefragt. Hier lässt sich abschliessend zusammenfassen, dass Kinder und Jugendliche generell eine Bereitschaft und ein Interesse zeigen, sich in unterschiedlichsten Formen in solche Partizipationsformate einzubringen. Zentrale Herausforderung aber gleichzeitig auch Gelingensbedingung ist die subjektiv erfahrbare Wirksamkeit des Engagements für die Kinder und Jugendlichen. Tendenziell gelingt dies besser, je näher die zu verhandelnden Fragestellungen an ihre unmittelbare Lebens- und Erfahrungswelt anschliessen. Diese notwendige Passung kann über die unterschiedlichen Aspekte der Niederschwelligkeit differenzierter fassbar gemacht werden: Kinder und Jugendliche müssen genau verstehen, worin ihr Beitrag bestehen kann, die Anliegen müssen in einer Sprache formuliert sein, die für sie zugänglich ist und die Projekte und Verfahren müssen eine grösstmögliche Transparenz herstellen, woran genau sie «beteiligt» werden sollen.

Wie geht es weiter? Die nächsten Schritte

Das Mandat «Partizipation von Kindern und Jugendlichen stärken» hat zum Ziel ein Konzept und Praxisleitfaden für die «Kinder- und Jugendpartizipation in der Bundesverwaltung» zu erarbeiten. Dazu arbeitet das BSV zum einen mit einer interdepartmentalen Begleitgruppe zusammen, damit die Perspektiven aus verschiedenen Departementen und Kommissionen der Bundesverwaltung in den Prozess einfließen können. Die OST - Ostschweizer Fachhochschule hat in Zusammenarbeit mit polsan den Auftrag, dieses Konzept und den Praxisleitfaden in enger Zusammenarbeit mit dem BSV und der Begleitgruppe zu entwickeln. Als Grundlage für die Konzepterstellung wurde mit der hier vorliegenden Bestandsaufnahme eine Grundlage geschaffen, auf deren Basis die zentralen Entscheidungen hinsichtlich des Konzeptes erfolgen können:

- Mit der Identifizierung der Partizipationsformate wird es möglich, den Grad und die Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Bundesverwaltung zu definieren. Ausserdem wird damit möglich, sich mit Blick auf die verschiedenen Phasen der (politischen und projektbezogenen) Prozesse, bewusst zu werden, an welchen Geschäften der Bundesverwaltung Kinder und Jugendliche überhaupt partizipieren (können).
- Mit der Benennung der Gelingensbedingungen und Herausforderungen von Partizipationsprozessen mit Kindern und Jugendlichen wird deutlich, worauf in der Umsetzung von Partizipation besonderes Augenmerk liegen muss und auf welche zentralen Fragen das Konzept und vor allem auch der Praxisleitfaden Antworten geben muss, damit das Kinder- und Jugendpartizipation in der Bundesverwaltung umgesetzt werden kann (u.a. Zugänglichkeit zu schwer erreichbaren Gruppen).
- Als drittes liegt der Bestandsaufnahme die Beschreibung der Projekttypen der Bundesverwaltung bei (siehe Anhang 3). Diese wurde durch polsan erstellt und dient dazu, für den nächsten Schritt der Konzepterstellung die Eignung der Projekttypen der Bundesverwaltung für die identifizierten Formate der Kinder- und Jugendpartizipation zu prüfen. Die detaillierte Ausformulierung der Projekttypen erfolgt im Konzept.

6. Literatur

Adshead, Maura; Boyle, Richard; Colgan, Anne (2020): A review of citizen engagement in our public service. In: Administration 68 (3), S. 23–44. <https://doi.org/10.2478/admin-2020-0014>

Akremiti, Leila (2019): Stichprobenziehung in der qualitativen Sozialforschung. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 313–331.

Andresen, Sabine; Heyer, Lea; Lips, Anna; Rusack, Tanja; Schröder, Wolfgang; Thomas, Severine; Wilmes, Johanna (2020): „Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“ – Jugendalltag 2020. UVH - Universitätsverlag Hildesheim. Hildesheim.

Andresen, Sabine, Koch, Claus & König, Julia (Hrsg.) (2015): Vulnerable Kinder. Interdisziplinäre Annäherungen. Springer Fachmedien Wiesbaden.

- Bečević, Zulmir; Andersson, Björn (Hg.) (2022): Youth Participation and Learning. Critical Perspectives on Citizenship Practices in Europe. Cham: Springer International Publishing (Springer eBook Collection, 7).
- Bundesamt für Sozialversicherungen (2008): Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik. <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/12878.pdf>, zuletzt geprüft am 17.02.2025.
- Chiapparini, Emanuela; Schuwey, Claudia; Beyeler, Michelle; Reynaud, Caroline; Guerry, Sophie; Blanchet, Nathalie; Lucas, Barbara (2020): Modelle der Partizipation armutsbetroffener und -gefährdeter Personen in der Armutsbekämpfung und -prävention. Hg. v. Bundesamt für Sozialversicherungen BSV. Bern (Beiträge zur Sozialen Sicherheit, 7/20). Online verfügbar unter https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/publikationen-und-service/forschung/forschungspublikationen/_jcr_content/par/externalcontent_130482312.bitexternalcontent.ex-tent.ex-turl.pdf/aHR0cHM6Ly9mb3JzY2h1bmcuc296aWFsZS1zaWN0ZXJoZWl0LW/Noc3MuY2gvd3AtY29udGVudC91cGxvYWRzLzlwMjAvMDYvN18y/MERfZUJlcmJjaHQucGRm.pdf, zuletzt geprüft am 17.02.2025.
- EKKJ – Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (Hg.) (2023): Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren. Empfehlungen der EKKJ. Bern. Online verfügbar unter https://ekkj.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekkj/04themen/10Politische_Bildung/d_23_Empfehlungen_EKKJ_zur_politischen_Partizipation_DE.pdf, zuletzt geprüft am 26.02.2025.
- Franks, Myfanwy (2011). Pockets of Participation: Revisiting Child Centred Participation Research: Revisiting Child-Centred Participation Research. *Children & Society*, 25(1), 15–25.
- Gamsjäger, Manuela; Wetzelhütter, Daniela (2020): Zwischen Scheinpartizipation und tatsächlicher Einflussnahme – Die Bedeutung von Partizipation für das Engagement von SchülerInnen. In: Sabine Gerhartz-Reiter und Cathrin Reisenauer (Hg.): *Partizipation und Schule*. Wiesbaden: Springer. S. 207–233.
- Gerodetti, Julia; Heeg, Rahel; Schnurr, Stefan; Gerngross, Martina; Fellmann, Lukas; Biesel, Kay (2024): Grundlagen und Perspektiven für eine wirkungsvolle kantonale Kinder- und Jugendpolitik. Expertise, Einflussfaktoren und Bestandesaufnahme. Schlussbericht zuhanden der SODK. Online verfügbar unter <https://irf.fhnw.ch/bitstreams/10957ab8-dcab-4fd0-b554-28828d645820/download>, zuletzt geprüft am 26.02.2025.
- Hongler, Hanspeter (2023): Partizipation von belasteten Kindern und Jugendlichen unter Gesichtspunkten der psychoanalytischen Entwicklungspsychologie und Pädagogik. In: Stefan Eberitzsch, Julia Rohrbach und Samuel Keller (Hg.): *Partizipation in stationären Erziehungshilfen. Perspektiven, Bedarfe und Konzepte in der Schweiz*. Weinheim, Basel: Juventa.
- Kelleher, Cathy; Seymour, Mairéad; Halpenny, Ann Marie (2014): *Promoting the Participation of Seldom Heard Young People: A Review of the Literature on Best Practice Principles*. Dublin Institute of Technology. Dublin.
- Kemper, Raimund; Herzog, Viktoria (2015): Prinzipien einer jugendgerechten Planung öffentlicher Räume. In: Raimund Kemper und Christian Reutlinger (Hg.): *Umkämpfter öffentlicher Raum. Herausforderungen für Planung und Jugendarbeit*. Wiesbaden: Springer VS (Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit, 12), S. 169–184.

- Lundy, Laura (2007): 'Voice' is not enough: conceptualising Article 12 of the United Nations Convention on the Rights of the Child. In: British Educational Research Journal 33 (6), S. 927–942. <https://doi.org/10.1080/01411920701657033>.
- Mayrhofer, Hemma (2012): Niederschwelligkeit in der Sozialen Arbeit. Funktionen und Formen aus soziologischer Perspektive. Wiesbaden: Springer VS.
- Müller-Suleymanova, Dilyara; Frigo-Charles, Olivia; Pizzera, Michele; Muri Koller, Gabriela; Kehl, Konstantin; Nef, Susanne (2023): Wie kann die Kinder- und Jugendpolitik der Kantone die niederschwellige Partizipation von Kindern und Jugendlichen unterstützen? ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Zürich.
- Pohl, Axel (2009a): Make it real. Partizipationsansätze zwischen tatsächlicher Beteiligung und bürgerschaftlicher Kosmetik. In: punktum (4), S. 5–8. Online verfügbar unter https://www.ljr-hh.de/uploads/tx_ljrpunktum/punktum_4-09.pdf, zuletzt geprüft am 17.02.2025.
- Pohl, Axel (2009b): Warum fragen Sie nicht jemanden, der etwas davon versteht? Kommunale Partizipationsansätze zwischen tatsächlicher Beteiligung und bürgerschaftlicher Kosmetik. In: ajs-Informationen (II), S. 4–10. Online verfügbar unter https://www.ajs-bw.de/media/files/ajs-info/ausgaben_altbis05/AJS_Info_2_2009.pdf, zuletzt geprüft am 26.02.2025.
- Pohl, Carina; Pomey, Marion (2023): Vulnerabilität und Wohlbefinden in der Kindheit. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 18 (3), S. 413–419. <https://doi.org/10.3224/diskurs.v18i3.11>.
- Ray, Laurie; Pohl, Axel (2006): Toolkit on Youth Participation in Urban Policies. Bristol: Bristol City Council. <https://doi.org/10.25656/01:25600>.
- Reutlinger, Christian (2010): Kleinräumig begrenzte Beteiligungsverfahren, starre Beteiligungsfenster und unsichtbare Engagementformen Jugendlicher. Statement zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz. In: JUGEND für Europa - Deutsche Agentur (Hg.): Partizipation junger Menschen. Nationale Perspektiven und europäischer Kontext. Bonn: Jugend für Europa (special, 6), S. 189–193.
- Rieker, Peter (2015): Von der Stimme zur Wirkung. Unter Mitarbeit von Rebecca Mörgen, Anna Schnitzer und Holger Stroezel. Zürich: Schweizerisches Komitee für UNICEF.
- Schnurr, Stefan (2018): Partizipation. In: Hans-Uwe Otto und Hans Thiersch (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. 6. überarbeitete Auflage. München: Ernst Reinhardt Verlag, S. 1126–1137.
- Schubert, Klaus; Martina Klein (2020): Das Politiklexikon. 7., aktual. u. erw. Aufl. Bonn: Dietz 2020.
- Schweizerisches Komitee für UNICEF (Hrsg.) (2010): Vom Kinderschutz zum Kinderrechtsstaat Stärken, schützen, fördern durch eine umfassende Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. <https://www.unicef.ch/de/so-helfen-sie/spenden/shop/publikationen/studie-vom-kinderschutz-zum-kinderrechtsstaat>
- Shaw, Catherine, Brady, Louca-Mai, & Davey, Ciara (2011). Guidelines for research with children and young people. London: National Children's Bureau (NCB) Research.

Spannring, Reingard (2008): Understanding (non-)participation: forms, meanings and reasons. In: Reingard Spannring, Günther Ogris und Wolfgang Gaiser (Hg.): Youth and political participation in Europe. Results of comparative study EUYOUNGPART. Opladen: Budrich, S. 55–87.

Stadt St.Gallen Kinder, Jugend, Familie, Gesellschaftsfragen (2019): Konzeptentwurf Kinderpartizipation in der Stadt St.Gallen. Unveröffentlichtes Arbeitspapier.

Stange, Waldemar (2010): Partizipation von Kindern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (38), S. 16–24. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/system/files/pdf/CSJ1WO.pdf>, zuletzt geprüft am 13.03.2025.

Straßburger, Gaby; Rieger, Judith (2014): Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Straßburger, Gaby; Rieger, Judith (2019): Bedeutung und Formen der Partizipation. Das Modell der Partizipationspyramide. In: Gaby Straßburger und Judith Rieger (Hg.): Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe. 2., überarbeitete Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 12–39.

Wagner, Che. & Widmer, Rafael (2025): Der Zukunftsrat u24. Was lernen wir vom ersten Jugend-Bürger:innenrat? [noch unveröffentlichter Bericht].

Walther, Andreas; Pohl, Axel; Burgess, Paul (2006): Potentials of Participation for Citizenship and Social Inclusion. In: Andreas Walther, Manuela Du Bois-Reymond und Andy Biggart (Hg.): Participation in Transition. Motivation of Young Adults in Europe for Learning and Working. Frankfurt a. M.: Peter Lang, S. 205–224.

Wigger, Annegret; Pohl, Axel; Reutlinger, Christian; Walther, Andreas (2019): Praktiken Jugendlicher im öffentlichen Raum – zwischen Selbstdarstellung und Teilhabeansprüchen: eine Annäherung. In: Axel Pohl, Christian Reutlinger, Andreas Walther und Annegret Wigger (Hg.): Praktiken Jugendlicher im öffentlichen Raum – Zwischen Selbstdarstellung und Teilhabeansprüchen. Ein Beitrag zur Partizipationsdebatte. Wiesbaden: Springer VS, S. 1-22.

Zimmermann, Dominic; Schmuziger, Alina (2021): Jugendpartizipation in der Gemeinde ermöglichen. Forschungsbericht zu Elementen, Herausforderungen und Gelingensfaktoren der Jugendpartizipationsförderung. Hochschule Luzern - Soziale Arbeit. Luzern.

7. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Partizipationsformate von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz im Überblick (eig. Darstellung)	7
Abbildung 2: Systematische Überblick über die Partizipationsformate von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz (eig. Darstellung)	18

Anhang 1: Liste der interviewten Personen

- Alexander Arens, Fachkonferenz Citoyenneté
- Björn Andersson, PhD, Dozent am Departement für Soziale Arbeit der Universität Göteborg, Schweden
- Carole Schafroth, Campus für Demokratie
- Cédric Bonnébault, Jugenddelegierter, Kanton Wallis
- Che Wagner, Pro Futuris
- Dr. Dorothee Schaffner, Professorin Institut Kinder- und Jugendhilfe, Hochschule für Soziale Arbeit FHNW
- Giorgia Bertocchi, Verantwortliche Eurodesk italienischsprachige Schweiz
- Dr. Harriet Rowley, Senior Lecturer in Education and Community an der Manchester Metropolitan University, England
- Jana Zimmermann und Nadja Forster, Pro Juventute
- Joanna Bärtschi, Schweizerische Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)
- Dr. Lasse Siurala, Associate Prof. Universität Tallinn, ehemals Direktor der Jugend und Sport-Einheit des Europarats, ehemals Direktor des Jugendamtes der Stadt Helsinki, Finnland
- Linda Estermann, Kinderlobby Schweiz
- Marcus Casutt, Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz (DOJ)
- Mona Meienberg, UNICEF Schweiz und Liechtenstein
- Nadine Aebischer, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV)
- Pat Leahy, Senior Lecturer für Youth and Community Work am University College Cork, Irland
- Dr. Patricia Loncle, Prof. für Kinder- und Jugendpolitik an der École de Hautes Études en Santé Publique, Rennes, Frankreich
- Sara Schmid, Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ)

Anhang 2: Interviewleitfaden

Klärungen vorab oder zu Beginn: Vereinbarung über den Rahmen (zeitlich, inhaltlich). Einholen des Einverständnisses zum Aufzeichnen, zur Abklärung von Verwendungs- und Zitationsweisen.

1. Einleitung

Wir suchen nach Verfahren der Kinder- und Jugendpartizipation, d.h. Methoden und Verfahren, die nicht nur auf dem Papier stehen, sondern schon erprobt worden sind und die das Potential haben, auf die Bundesebene übertragen zu werden.

2. Exploration

Kennst du/ kennen Sie solche Verfahren, die vielleicht in Projekten erprobt wurden, aber schlecht bis gar nicht dokumentiert sind, wo es aber eine verantwortliche Person gibt, die wir interviewen könnten?

Was ist für dich/ Sie gelungene Partizipation von Kindern und Jugendlichen? Woran lässt sich das festmachen? Was sind Erfolgsfaktoren und Stolpersteine bei partizipativen Projekten?

3. Eigene Projekte

Wenn Projekte selbst durchgeführt wurden oder innerhalb der eigenen Organisation Verfahren bestehen und beschrieben werden sollen: Dokumentationsraster zur Abfrage verwenden.

4. Dokumentationsraster zu Projekten:

- Projektname/Verfahren?
- Verantwortliche Entität, Durchführende/Partnerschaften?
- Politisch-administrative Ebene (Gemeinden, Kantone, etc)?
- Zuordnung zu den Projekttypen des Bundes?
- Rechtliche Grundlage (auch Verpflichtungsgrad)?
- Themen der Partizipation: an welchen Entscheidungen werden Kinder und Jugendliche beteiligt?
- Was sind die Ziele des Verfahrens? Welchem Partizipationstyp (Strassburger/Rieger 2014) lassen sich diese zuordnen? Welches Verständnis von Partizipation (Qualität) liegt dem Verfahren zugrunde?
- Auf welche Zielgruppe(n) zielt das Verfahren ab (Alter, Ungleichheit, Schulform u.a.)?
- Einschätzung, wenn möglich: für welche Zielgruppen ist das Verfahren geeignet? Wer wird damit gut erreicht? Welche Gruppen sind eventuell unterrepräsentiert, schwieriger zu erreichen? Nachfragen orientiert an den Dimensionen der Niederschwelligkeit (Mayrhofer 2012)
- Welche Einzelmethoden und -aktivitäten sind Teil des Verfahrens
- Welche finanziellen und zeitlichen Ressourcen sind notwendig für die Durchführung?
- Wie ist der Zeithorizont, sowohl im Hinblick auf das Verfahren als auch im Hinblick auf die «Outcomes»?
- Welche fachlichen Kompetenzen sind notwendig für die Durchführung?
- Wie und wo ist das Verfahren dokumentiert? Oder evaluiert?
- Persönliche Einschätzung zu: Erfolgsfaktoren und Stolpersteinen, weitere wichtige Informationen und Quellen?

Anhang 3: Projekttypen des Bundes (siehe angehängtes Dokument)

Anhang 4: Tabellarische Übersicht Projekte und Verfahren (siehe angehängtes Dokument)

Impressum

Datum

4. April 2025

Verfasst von

Johanna Brandstetter, Mandy Falkenreck, Lara Hobi, Axel Pohl
und Carole Zellner

OST – Ostschweizer Fachhochschule
IFSAR – Institut für Soziale Arbeit und Räume

Rosenbergstrasse 59, Postfach
9001 St.Gallen, Switzerland